

Léon Gruenbaum

Der verfolgte
Nazi-Jäger



Gerechtigkeit

Forum | Ludwig Marum

Keine gefrorenen Posthorntöne

„Dr. Léon Gruenbaum hat eine interessante These über die Entwicklungsgeschichte der Kernenergie in der Bundesrepublik aufgestellt und durch Nennung von Namen, Fakten und Ereignissen abgestützt. Seiner Ansicht nach ist es kein Zufall, daß Franz Josef Strauß, der bekanntlich Deutschlands erster Atomminister war und am 26. Januar 1955 die Gründungssitzung der deutschen Atomkommission persönlich leitete, zu diesem Aufgabenkreis so auffallend viele Persönlichkeiten heranzog, die bereits im Dritten Reich führende Positionen eingenommen hatten. Eine These, die es verdient, gehört und debattiert zu werden, zu der ich aber zunächst den Einwand hatte: «Nun ja, man wird sagen - so hat es mir gegenüber einmal ein großindustrieller Mithelfer der braunen Massenmörder formuliert - das seien doch gefrorene «Posthorntöne». «Hat ihre Theorie dennoch für die heutige Situation noch eine Bedeutung?»»

«Gewiß. Ich meine, es ist doch wohl kein Zufall, daß diese Männer sich gerade so sehr für die Atomindustrie interessiert haben. Sie müssen sich schon zu einem frühen Zeitpunkt gesagt haben, daß hier eine Schlüsselindustrie entsteht, die einmal alle anderen an Machtfülle und Einfluß überflügeln würde. Doch dann kommt vielleicht noch ein anderes Motiv dazu: der Wunsch der Deutschen, auch einmal Atombomben zu haben - oder zumindest die Verfügung über industrielle Kapazitäten, die eine Herstellung der ihnen verbotenen Waffengattung bei Bedarf ermöglichen.»«

Robert Jungk in „Der Atomstaat“. Das Zitat beruht auf einem persönlichen Gespräch des Buchautors mit Léon Gruenbaum 1973 in Paris.

Symposium Gruenbaum | Vorträge

FORUM | LUDWIG MARUM

Dokumentation über das Symposium »Der vergessene Whistleblower Léon Gruenbaum (1934–2004)« am 19. Oktober 2013 in Karlsruhe zu Ehren Léons erstellt anlässlich seines 10. Todestags am 22. Juli 2014

Programm des Symposiums 19. Oktober 2013		2
Presse-Mitteilung des Forums 21. Oktober 2013		3 - 5
Vita Léon Gruenbaum für Forum Ludwig Marum		6 - 7
I.	Eröffnung Harald Denecken	8 - 9
II.	Grußwort Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup	10 - 13
III.	Begrüßungsworte Rolande Tordjman-Grunbaum	13 - 14
IV.	Léon Gruenbaums doppelte Verfolgung durch Nazis und sein Widerstand gegen die Atompolitik der Nachkriegszeit Dr. Dietrich Schulze und Dr. med. Wolff Geisler	15 - 21
V.	Die Judenverfolgung im besetzten Frankreich und die Vorgeschichte in Baden Manja Altenburg	21 - 22
VI.	Braunfäule: Nazi-Karrieren in Nachkriegsdeutschland Dr. Andrea Hoffend	22 - 30
VII.	Plutonium-Politik und Atomwaffen Prof. Dr. Joachim Radkau	31 - 37
VIII.	Lernen aus der Geschichte Nadja Brachmann und Studierende der Universitäten Karlsruhe und Heidelberg	38 - 43
IX.	Schlussworte Dr. Christof Müller-Wirth und Dr. Monika Pohl	43 - 46
X.	Grußbotschaft Serge Klarsfeld aus Paris	46 - 48
Nachwort und Danksagung der Herausgeber		48

Weiteres Material zum Gruenbaum-Symposium

<http://www.forum-ludwig-marum.de/veranstaltungen/symposium-gruenbaum/>

Aktuelle Dokumentation zu den Greifeld-Verbrechen

<http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20140627.pdf>

Symposium Gruenbaum

Das Forum | Ludwig Marum e.V. lädt ein zum Symposium

Der vergessene Whistleblower Léon Gruenbaum (1934 – 2004)

Ein jüdischer Wissenschaftler im Spannungsfeld von Wissenschaft und Politik am Kernforschungszentrum Karlsruhe (heute KIT)

Samstag, 19. Oktober 2013, 10 bis 16:00 Uhr, ver.di-Haus | Rüppurrer Straße 1a | Karlsruhe

Programm

- 10:00 | Eröffnung: Harald Denecken
(Vorsitzender Forum | Ludwig Marum), ver.di Bezirksleitung
Grußwort | OB Dr. Frank Mentrup
- Moderation | Jürgen Stude, Ev. Landeskirche Baden
- Begrüßungsworte | Rolande Tordjman-Grunbaum
- 10:30-11:30 | Léon Gruenbaums doppelte Verfolgung durch Nazis und sein Widerstand gegen die Atompolitik der Nachkriegszeit | Dr. Dietrich Schulze und Dr. med. Wolff Geisler
- 11:30-12:20 | Die Judenverfolgung im besetzten Frankreich und die Vorgeschichte in Baden | Manja Altenburg (Jüdische Kulturvermittlung Heidelberg)
- 12:20-13:30 | Mittagspause
- 13:30-14:15 | Braunfäule: Nazi-Karrieren in Nachkriegsdeutschland | Dr. Andrea Hoffend, Historikerin, Karlsruhe
- 14:15-15:00 | Plutonium-Politik und Atomwaffen | Prof. Dr. Joachim Radkau (Uni Bielefeld)
- 15:00-15:45 | Lernen aus der Geschichte | Nadja Brachmann und Studierende der Universitäten Karlsruhe und Heidelberg
- 15:45 | Schlussworte | Dr. Christof Müller-Wirth, Karlsruhe
,
Dr. Monika Pohl, Karlsruhe
- 16:00 | Ende



Nach den Referaten besteht die Möglichkeit zur Diskussion.

Hinweis: Beate Klarsfeld, die angekündigt war, musste leider aus gesundheitlichen Gründen absagen. Dafür konnten wir Dr. med. Wolff Geisler aus Köln gewinnen. Wolff Geisler hat Léon Gruenbaum kennen und schätzen gelernt und mit ihm zusammen gearbeitet. Geisler ist Allgemeinmediziner und Autor. In den 1970er und 1980er Jahren kritisierte er die Beteiligung von deutschen Firmen bei der Unterstützung des Apartheid-Regimes in Südafrika. Er schrieb über Befreiungskampf, Rassismus und die militärische Zusammenarbeit der Bundesrepublik mit Südafrika im atomaren und konventionellen Bereich. Zudem hat Rolande Tordjman-Grunbaum, Léons in Paris lebende Witwe, ihre Teilnahme zugesagt.

Filmvorführung

Bereits am Vorabend wird der Film „Die Hetzjagd“ („La Traque“) gezeigt. Beate und Serge Klarsfeld finden den untergetauchten Nazi Klaus Barbie, der „Schlächter von Lyon“.

Freitag, 18. Oktober 2013 | 18.00 Uhr Hertz-Hörsaal der Universität (KIT Campus Süd)
nahe dem Haupteingang Kaiserstraße.

21. Oktober 2013

FORUM | LUDWIG MARUM

Geschichtswerkstatt gegen das Vergessen

Das Symposium „Der vergessene Whistleblower Léon Gruenbaum (1934-2004)“ des Forum | Ludwig Marum am Samstag, den 19. Oktober 2013, im vollbesetzten großen Versammlungsraum des ver.di- Hauses in Karlsruhe mit mehr als achtzig TeilnehmerInnen hatte den Charakter einer inspirierenden Geschichtswerkstatt. Fünf konzentrierte Lernstunden über die Zivilcourage eines französischen Wissenschaftlers aus einer verfolgten jüdischen Familie und dessen zweimalige Verfolgung durch einen Atom-Manager am Kernforschungszentrum, einem der beiden Vorläufer des Karlsruher Instituts für Technologie KIT.

Harald Denecken, Vorsitzender des Forums, begrüßte die Bundestagsabgeordnete der Linken Karin Binder, den Landtagsabgeordneten der Grünen Alexander Salomon und den Stadtrat der Karlsruher Liste Lüppo Cramer als Gäste. Moderiert wurde das Symposium von Jürgen Stude, Ev. Landeskirche in Baden – Arbeitsstelle Frieden.

Ein bewegender Höhepunkt gleich zu Beginn, der Beitrag von Léon Gruenbaums in Paris lebender Witwe Rolande Tordjman-Grunbaum, die ebenfalls einer jüdischen Familie entstammt. Sie sprach über das Nazi-Verbrechen an der aus dem Polnischen geflohenen deutschen Familie, deren größter Teil in Auschwitz umkam und über die psychischen Langzeitfolgen für Léon. Sie erklärte: „Léon ist unter uns.“

Frank Mentrup, dem Karlsruher Oberbürgermeister, gebührt großer Dank für sein ermutigendes und engagiert vorgetragenes Grußwort, dass die mit dem Ausgrabungsprojekt des Symposiums zusammenhängenden Probleme einer Lösung zugeführt werden mögen.

Zu diesen Problemen gehört die vor einem Jahr gut begründete Forderung nach Annullierung der KIT-Ehrensator-Würde für den NS-belasteten Verfolger und Atom-Manager Greifeld, aber ebenso die unverzügliche Beendigung der KIT-Atomreaktorforschung in Verbindung mit dem Atombomben-Rohstoff Plutonium, die von der Bundesregierung entgegen Atomausstiegs-Beschluss weiter unterstützt und von der Grün-Roten Landesregierung gebilligt wird. Über die aktuelle und die geschichtliche Dimension dieser Probleme sprachen Dietrich Schulze, ehemaliger Betriebsratsvorsitzender am Forschungszentrum (jetzt KIT Campus Nord), und Wolff Geisler aus Köln, Arzt und Autor, aktiv in der früheren Anti-Apartheid- Bewegung. Wolff Geisler dokumentierte deutsche Nuklear-Exporte an Südafrika, Argentinien, Brasilien, Pakistan, Iran u.a. mit Technologie des KIT-Vorläufers, die eine Atombomben-Herstellung auf fremdem Boden ermöglichte. Als Zeitzeuge konnte er Léon Gruenbaum porträtieren, mit dem er gegen diese illegalen Exporte eng zusammen gearbeitet hatte. Dazu und zur internationalen Vorgeschichte hat Léon Gruenbaum später eine tiefeschürfende geschichtswissenschaftliche Monographie unter dem Titel „Die Genese der Plutonium-Gesellschaft“ vorgelegt. Der Atomlobby sind Person und Wirken Léon Gruenbaums nach wie vor ein Dorn im Auge.

Serge und Beate Klarsfeld aus Paris, die zu den Initiatoren des Symposiums zählen, aber leider nicht teilnehmen konnten, hatten in einer schriftlichen Botschaft an das Symposium den Beginn der von ihnen unterstützten spannenden Spurensuche nach dem Nazi-Täter Greifeld niedergelegt. Am Vorabend des Symposiums hatte der Arbeitskreis Kultur und Kommunikation der Studierenden am KIT den französischen Film „La Traque“ („Die Hetzjagd“) gezeigt, wie die beiden Nazi-Jäger Serge und Beate Klarsfeld unter Lebensgefahr den „Schlächter von Lyon“ Klaus Barbie vor das Gericht gebracht hatten. Wie Dietrich Schulze zu Beginn seines Beitrags schilderte, hatte der Autor Robert Jungk die persönliche Bekanntschaft von Léon Gruenbaum in Paris gemacht und in seinem Buch „Der Atomstaat“ die ihm aufgrund seiner Aufdeckungen drohenden Gefahren beschrieben, ebenso wie die autoritären und antisemitischen Machenschaften am Kernforschungszentrum.

Manja Altenburg von der Jüdischen Kulturvermittlung in Heidelberg erläuterte anhand von Folien das Juden-Vernichtungs-Programm im besetzten Frankreich und Formen des kulturellen Widerstands am Beispiel des Konzentrationslagers Gurs.

Andrea Hoffend, Historikerin aus Karlsruhe, vertiefte die Fakten über die NS-Vergangenheit Greifelds mit Informationen über die bewusste Integration von Nazi-Tätern und deren Karrieren im Nachkriegs-Deutschland unter dem Vortragstitel „Braunfäule“, die bis heute fortwirke.



Gruenbaum-Symposium am 19. Oktober 2013: Harald Denecken, Rolande Tordjman-Grunbaum, Joachim Radkau, Manja Altenburg, Wolff Geisler, Dietrich Schulze, Christof Müller-Wirth, Andrea Hoffend, Nadja Brachmann (v.l.n.r) Foto: Sandra Jacques

Joachim Radkau, Historiker aus Bielefeld und bekannter Buch-Autor über die Atomwirtschaft, rundete die Sachvortragsreihe mit einem Beitrag unter dem Titel „Plutonium-Politik und Atomwaffen“ ab.

Den Schlusspunkt des Symposiums setzten Studierende mit Überlegungen zum „Lernen aus der Geschichte“. Vier Studierende der Universität Heidelberg vom dortigen Historischen Seminar berichteten über bekannte und weniger bekannte Nazi-Karrieren und über die Schlussfolgerungen daraus. Nadja Brachmann, Präsidentin des Studierendenparlaments am KIT, sprach über die konkrete Verantwortung der Wissenschaften. Lernen von Whistleblower und Aufklärer Léon Gruenbaum bedeute vor allem „genau hinsehen“ statt „wegschauen oder vergessen“. In diesem Sinne gelte es, endlich die Zivilklausel am KIT zu verwirklichen, d.h. den Verzicht auf jegliche Militärforschung. Die dagegen ins Feld geführten Ethik-Leitlinien seien kein Ersatz.

Christof Müller-Wirth, Verleger und Journalist, Ehrenmitglied des Fördervereins „Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte“ und die stellvertretende Forums-Vorsitzenden Monika Pohl fassten im Schlusswort thematisch zusammen, dass in den Vorträgen und der Diskussion anhand der Vergangenheit über die Zukunft geredet worden sei, unter Benennung von vier handfesten und dringenden Vorhaben:

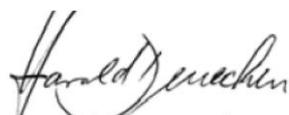
- Erstellung einer gründlichen Biographie von Léon Gruenbaum,
- Annullierung der KIT-Ehrensator-Würde für Greifeld,
- Veröffentlichung der Monographie von Léon Gruenbaum sowie
- Beendigung der illegitimen Atomreaktorforschung „Transmutation“

am KIT vor dem Hintergrund der jetzt schon für den Steuerzahler aufgelaufenen Kosten von zwei Milliarden € für die Atommüll-Verglasung.

Ein Wermutstropfen: Die Zielgruppe Studierende war nur marginal vertreten, obwohl am Dienstag vor den Veranstaltungen vor der Uni-Mensa über 300 Einladungsflyer verteilt worden waren. Sehr erfreulich hingegen die Teilnahme vieler jüdischer MitbürgerInnen.

Last not least: Zum Erfolg des Symposiums hat die dankenswerte finanzielle Unterstützung durch „Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.“, Rosa-Luxemburg-Stiftung Baden-Württemberg, Ev. Landeskirche in Baden - Arbeitsstelle Frieden und private Spender beigetragen. Nicht unerwähnt bleiben sollten die schmackhafte kulinarische AWO-Unterstützung, die funktionierende elektronische ver.di-Raumausstattung und der für die Dokumentation wichtige Audio-Mitschnitt des Freien Radios „Querfunk“.

Es ist geplant, eine Dokumentation über das Symposium heraus zu bringen. Mehr Informationen und Presseberichte in der Webseite des Forums unter <http://www.forum-ludwig-marum.de/veranstaltungen/symposium-gruenbaum/>


Harald Denecken

Vita Léon Gruenbaum für Forum | Ludwig Marum

Leon Gruenbaum (30. März 1934 - 22. Juli 2004) war Physiker und Historiker und in doppeltem Sinne von den Nationalsozialisten verfolgt.

Seine jüdische Familie flieht vor den Nazis nach Frankreich. In Forbach (Elsass) wird Leon am Tag nach der Ermordung Ludwig Marums geboren. Gute Freunde in der Resistance können einen Teil der Familie vor der Deportation befreien. In Frankreich, studiert Leon in München, bei dem er 1964 promoviert in der Gesellschaft für Kernforschungszentrum Karlsruhe, dann einem befristeten Vertrag einschlägiger Fähigkeiten bekommt er größten Mehrheit keine dauerhafte sich mit dem eines weiß gesemiten gekreuzt, dem Karlsruher



der ihn zusammen mit führenden Mitarbeitern erneut rassistisch diskriminierte. Greifelds Vorleben war damals in der Öffentlichkeit völlig unbekannt.

Léon kommt das bleibende Verdienst zu, dass er Greifelds sorgsam gehütetes Geheimnis als Wehrmacht-Chef im besetzten Paris aufdecken konnte. Zusammen mit Freunden im Kernforschungszentrum und mit Unterstützung von Beate und Serge Klarsfeld gelingt es ihm, ein Beweismittel ans Tageslicht zu fördern, das Greifeld zu Fall bringt. In einer Pressekonferenz in Strasbourg Ende 1975 wird von ihm und den Klarsfelds die Nazi-Vergangenheit Greifelds veröffentlicht. Drancy, die Durchgangsstation zur Hölle Auschwitz, gehörte zu seinem Zuständigkeitsbereich. Er organisierte Hitlers Paris-Besuch. Zur Klarstellung: Es handelte sich um den administrativen Geschäftsführer einer bekannten deutschen Kernforschungseinrichtung, der sein Amt von 1956 bis 1975 ausübte und dort eine breite Schneise von autoritärer Verwüstung zum Schaden der Allgemeinheit hinterlassen hatte. Aufgrund einer Protest-Unterschriftensammlung französischer WissenschaftlerInnen verliert Greifeld die Funktion im Lenkungsausschuss der renommierten französisch-deutschen Kernforschungseinrichtung "Laue-Langevin" in Grenoble und danach im Kernforschungszentrum Karlsruhe.

Léons mutige und nervenaufreibende Widerstandshandlung ist für sich genommen bewundernswert. Der Rastlose fügt dem aber noch ein weiteres bleibendes Kapitel Aufklärung hinzu. Da es ihm aufgrund der Machenschaften Greifelds nicht gelingt, als Physiker woanders Fuß zu fassen, geht er dem schmerzlichen Erlebten auf den Grund. Er kehrt nach Paris zurück, beschäftigt sich mit den historischen Grundlagen der militärischen und zivilen Nutzung der Atomenergie und legt 1982 an der Sorbonne als Wissenschaftshistoriker eine Monographie vor. Thema „Genesis der Plutoniumgesellschaft - politische Konspirationen und Geschäfte“. Kern seiner Ausarbeitung ist die Bewusstmachung der machtpolitischen und militärischen Bezüge der internationalen und der deutschen Kernforschung, einschließlich der Gründerrolle von belasteten Juristen wie Rudolf Greifeld und Chemikern wie Walther Schnurr (Hitlers Sprengstoffexperte). Im Kapitel II / III „Deutsches Zwischenspiel“ beschreibt er die „Affaire Greifeld“, die seinem Leben eine schicksalhafte Wendung gegeben hatte.

Aufgrund der beschriebenen langjährigen Diskriminierung hatte sich Leons Nervenleiden verstärkt, die vermutliche Spätfolge einer Hirnhautentzündung, die er in der Kindheit auf der Flucht erlitten hat. Seine Ehe mit Rolande Grunbaum, mit der er von 1970-1973 in Karlsruhe-Durlach und danach in Paris lebte, geht dadurch 1977 in die Brüche. In seinen letzten Jahren zieht es ihn wieder zu den Freunden nach Karlsruhe, aufgrund seines Nervenleidens nunmehr fest in der Hand von Ärzten. Er verstarb 2004 im Alter von 70 Jahren. Seine letzte Ruhestätte findet er auf dem Friedhof in Bad Mingolsheim.



Stolperstein für Ludwig Marum in der Karlsruher Wendtstr. 3. Er wurde am **29. März 1934** im KZ Kislau ermordet.



Grabmahl von Léon Grunbaum in Bad Mingolsheim. Er wurde am **30. März 1934** in Forbach im Elsass geboren, auf der Flucht seiner Familie vor den Nazis.

Im März 2011 erhielt der Unterzeichner einen Brief von Rolande Tordjman-Grunbaum aus Paris mit der Bitte ihr dabei behilflich zu sein, Léons Grab besuchen zu können. Sie hatte erst jetzt von seinem Tode aus einer Anzeige erfahren. Es war die vom Unterzeichner und einem anderen Wissenschaftler des Forschungszentrums unterzeichnete Anzeige in den Badischen Neuesten Nachrichten.

Am 15. April 2011 wurde an Leons Grab in Bad Mingolsheim der 2004 geschriebene Nachruf in französischer Sprache vorgetragen. Aus dem Nachruf:

“Wenn wir diesen kurzen Abriss seines Lebens mit denen anderer Menschen vergleichen, die von den Faschisten verfolgt wurden und die sich zur Wehr gesetzt haben – zum Beispiel mit Ludwig Marum – so kann bei aller Verschiedenheit der individuellen Voraussetzungen und Lebensverläufe immer wieder eines als bedeutsame Gemeinsamkeit erkannt werden: Menschlichkeit zeigt sich vor allem darin, mit welcher Kraft und mit welcher Konsequenz Wahrheit gesucht und Unrecht bekämpft wird. Beides hat Leon redlich getan. Wir werden ihm und seinem Wirken ein ehrendes Andenken bewahren. Wir werden Leon nicht vergessen, so wie wir die Vergangenheit nicht vergessen dürfen, wenn sie nicht erneut durchlitten werden soll. Schalom, Leon, Schalom.“

Erst jetzt konnte Rolande Leons bedeutende Rolle bei der Enttarnung Greifelds und die immense von ihm geleistete Arbeit richtig einordnen und ihm die Trennung verzeihen. Ein bewegendes Erlebnis.

Dietrich Schulze, 10. Juli 2012

Mehr Informationen http://ka.stadtwiki.net/Leon_Grunbaum

I. Eröffnung

Harald Denecken

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mein Name ist Harald Denecken.

Ich bin Vorsitzender des Forum | Ludwig Marum. Ich darf Sie ganz herzlich begrüßen zu diesem Symposium im ver.di-Haus. Wir freuen uns sehr, dass Sie in der großen Anzahl heute Morgen hergekommen sind. Ich darf einige Gäste, wenn Sie gestatten, besonders begrüßen.

Ich begrüße den Oberbürgermeister der Stadt Karlsruhe, Dr. Mentrup, der nachher einige Grußworte an uns richten wird. Ich werde jetzt in der Reihenfolge der Gremien unseres Landes, der Bundesrepublik, die Menschen begrüßen, die Interesse haben und die das, was heute hier gesagt wird, nach außen tragen und ich begrüße ganz herzlich die Bundestagsabgeordnete, Frau Binder. Ich begrüße den Landtagsabgeordneten, Herrn Salomon, neben Frau Binder, das könnte vielleicht in vier Jahren Grün-Rot, wer weiß, sein. Ich begrüße den Stadtrat Lüppo Cramer, der im Hintergrund diese Veranstaltung mit verfolgt.

Ich begrüße auch recht herzlich die Presse, die im Laufe des Tages auch noch zu uns kommen wird. Es werden im Laufe des Tages noch einige Mandatsträger, einige Stadträte zu uns stoßen, das freut uns sehr.

Ich darf Sie im Namen des Forums begrüßen, das Forum | Ludwig Marum, das in Erinnerung an den 1934 von den Nazis im KZ-Kielau bei Bruchsal ermordeten jüdischen SPD-Reichstagsabgeordneten Ludwig Marum gegründet wurde. In seinem Sinne wollen die Mitglieder des Vereins die Geschichte des Naziterrors, der Judenvernichtung, des Widerstandes mutiger Menschen in Erinnerung halten und an jüngere Menschen weitergeben auch an Gäste aus dem Ausland.

Deshalb begrüße ich ganz besonders, Bonjour Madame, Frau Rolande Tordjman-Grunbaum in unserem Kreise, die Witwe von Léon Gruenbaum.



Harald Denecken bei der Eröffnung
Foto: Sandra Jaques

Madame, malheureusement je ne parle pas très bien le français, mais nous avons ici un traducteur formidable, oui. Aber ich habe gehört, Sie verstehen auch ein bisschen Badisch.

Ich habe heute an einem großen Plakat im Zusammenhang mit der Hilfe für die Dritte Welt einen Satz gelesen: Die größte Katastrophe ist das Vergessen. Und so widmen wir uns heute einem Wissenschaftler, der nicht vergessen werden darf. Wir lüften den Mantel des Schweigens, der sich über den im Jahre 2004 verstorbenen französischen Wissenschaftler Léon Gruenbaum legte.

Die Idee zu diesem Geschichtssymposium entstand durch das engagierte Eintreten für die Erinnerung an Léon Gruenbaum von Dietrich Schulze und Christof Müller-Wirth. Dietrich Schulze hat den Arbeitskreis, der dieses Symposium vorbereitet hat, getrieben. Ich denke, das ist nicht übertrieben. Wir werden ihn noch hören. Das Forum | Ludwig Marum hat als Veranstalter die Koordination übernommen und bald reihten sich immer mehr engagierte Menschen in die Vorbereitung dieser Veranstaltung ein.

Ich begrüße ganz herzlich eine Studentengruppe aus Heidelberg, sie wird ganz sicher noch vorgestellt von ihrer Dozentin und ich freue mich ganz arg, dass Sie gekommen sind und dies ist eigentlich auch der Sinn dieses Symposiums. Wir möchten einen Teil der Geschichte der jungen Bundesrepublik, insbesondere auch die Geschichte des KIT, des ehemaligen Kernforschungszentrums, ansprechen und dies der nächsten Studenten- und Wissenschaftlergeneration vermitteln.

In diesem Raum befinden sich sehr viele Menschen, ich kenne sehr viele, viele kennen mich. Wir haben, denke ich, unseren Teil beigetragen, die Geschichte unserer Eltern, meiner Eltern, aufzuarbeiten. All diejenigen Frauen und Männer, die jetzt grauhaarig sind, die haben so in den 60iger, 70iger, 80iger Jahren sehr viele Veranstaltungen durchgeführt und wir haben versucht, die Geschichte unserer Väter und Mütter aufzuarbeiten. Und jetzt ist es an der Zeit, jetzt sind wir so alt, jetzt ist es an der Zeit, dass wir es weitergeben an Euch, an die jungen Menschen, hier in unserer Region.

Lernen aus der Geschichte, heißt lernen aus der jungen Geschichte unseres Landes auch etwas erfahren und dies weiter zu geben. Ich möchte nun Herrn Jürgen Stude vorstellen. Herr Stude ist unser Moderator. Er hat sich sofort bereit erklärt dies zu tun. Er ist gespickt mit Mikrofon und einer Stoppuhr, die ich ihm von meiner Tätigkeit als Bürgermeister übergeben habe. Eine Uhr, die zu gewissen Minuten gedreht wird, damit der Referent, die Referentin weiß, es ist Zeit, den roten Knopf zu drücken.

Herr Jürgen Stude ist von der evangelischen Landeskirche Baden. Er ist Koordinator des ökumenischen Jugendprojekts Mahnmahl zur Erinnerung an die deportierten Jüdinnen und Juden aus Baden. Er wird uns durch den Tag führen und alles Weitere werde ich dann noch mal zwischendrin sagen, wenn es um das Mittagessen, die Suppe und den Kaffee und um die technischen Dinge hier geht.

Jetzt freue ich mich auf das Grußwort des Oberbürgermeisters.

II. Grußwort

OB Frank Mentrup

Liebe Mitglieder des Forum | Ludwig Marum, liebe Karin Binder, lieber Alexander Salomon, lieber Lüppe Cramer; liebe Mitglieder aller weiterer beteiligter Organisationen über das Forum | Ludwig Marum hinaus, in wunderbarer Weise hat das Thema in einer Art Dominoeffekt zu einer größeren Gruppe, einer größeren Bewegung geführt, die am Ende diesen Tag gemeinsam verantwortet, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Zunächst möchte ich Sie ganz herzlich begrüßen im Namen des Gemeinderates, der heute durch Stadtrat Lüppe Cramer vertreten ist, aber auch im Namen der Verwaltung und der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt und mich für dieses, für Ihr Engagement ganz herzlich bedanken.



OB Frank Mentrup bei seinem Grußwort
Foto: Sandra Jaques

Wenn man von der Zeit nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und dem Ende der Nazidiktatur redet, dann hat lange das Bild vorgeherrscht, es hätte plötzlich so etwas wie eine Stunde Null gegeben. Da seien die braunen Außerirdischen plötzlich verschwunden, die Natur habe wieder geblüht, alles war schön und gut, manche Heimatfilme geben dafür gute Beispiele. Das Wirtschaftswunder hat gegriffen, und die Menschen, die in völlig zerstörte Strukturen kamen, kein Geld mehr hatten, es auch keine Beziehungen mehr gab, haben aber doch mit ihrer Hände Schaffenskraft innerhalb kurzer Zeit dieses Land und die Wirtschaft wieder aufgebaut und dabei noch alle anderen auf der Welt überholt. Doch je genauer man sich das anschaut, um so mehr stellt man fest, dass dies ein völlig trügerisch-romantisierendes Bild ist, mit dem man sich zudem auch gerne über Jahrzehnte in die Tasche gelogen hat. Denn es waren zum Teil dieselben Strukturen, es waren dieselben Beziehungen, es

waren dieselben Grundstücksverhältnisse, es waren dieselben Besitztümer, es waren die ungebrochenen Biographien vieler Menschen und Familien, die ihre großen wirtschaftlichen Erfolge unter der Nazidiktatur hatten und diese fast ohne Bruch nach dem Krieg fortsetzen konnten. Und da hilft auch überhaupt nicht darüber hinweg, sich einzureden, finanziell hätte es bei Null angefangen. Das mag betriebswirtschaftlich zwar richtig sein, aber wenn ich weiter über die Verbindungen verfüge, heute würde man Netzwerk sagen, wenn ich weiß, wen ich wieder heranziehen kann, wenn ich dann auch noch Zugriff auf die nötigen Liegenschaften habe, dann kann ich ganz unmittelbar weitermachen und die betriebswirtschaftliche Aufwärtslinie folgt.

Und dabei ist dann so viel Ungebrochenes passiert, dass es einem im Nachhinein noch schaudert, dass so etwas so unreflektiert möglich war. Wenn man dann noch betrachtet, dass das nicht nur auf den Bereich der Wirtschaft zutrifft, sondern in der Justiz zum Teil viel ausgeprägter, in der Politik auch sehr ausgeprägt war und man dann auch noch erkennt, dass es nicht nur mit der Fortsetzung von Biographien, sondern natürlich auch mit der Fortsetzung von Denken und Grundeinstellungen und Überzeugungen zu tun hat, stellt man fest: Trotz der äußeren völligen Zerstörung hat es hier einen ziemlich uneingeschränkten Fortgang vieler persönlicher Entwicklungen, vieler Denkmuster, vieler Strukturen gegeben, über das Ende der Diktatur und des Zweiten Weltkrieges hinaus und das ist letztlich auch etwas, das zu dem Spruch „Unter den Talaren, der Muff aus tausend Jahren“ in der 60er Bewegung geführt hat – ein Spruch, der seine Berechtigung hatte.

Nun – dann überrascht es nicht wirklich, wie tief das noch die Mentalität des Nachkriegsdeutschlands geprägt hat und bis heute noch weiter Prägt. Man erinnere sich nur daran, was Willi Brandt alles vorgeworfen wurde, oder auch, wie mit Stefan Heym umgegangen wurde, dem man vordergründig wegen seiner Zugehörigkeit zu den Linken die Rolle des Alterspräsidenten des Bundestages abgesprochen hat. Doch ergab sich daraus nicht nur eine mehr als peinliche Missachtung eines Lebenslaufs mit mehrfacher Verfolgung und einer Biografie im Widerstand, sondern es dokumentierte hintergründig auch die fehlende Fähigkeit und vor allem Bereitschaft der selbstkritischen und empathischen Auseinandersetzung mit den jeweiligen Zeitläufen.

Daher bleibt es um so wichtiger, dass alles aus dieser Zeit immer wieder und weiter bearbeitet wird, dass man wirklich bis in die letzte Ecke einer jeden Institution und ihrer Geschichte schaut. Und dann auch offen dazu steht, wenn es Kontinuitäten über die Nazi-Zeit hinaus gab. Denn erst dann ist man in der Lage, sie endgültig zu kappen, sich zu entlasten. Wir brauchen solange Vergangenheitsbearbeitung und -bewältigung, bis sich jeder und jede ihrer eigenen Verantwortung in vollem Maße bewusst wird. Ich meine jetzt nicht die Verantwortung der noch heute Handelnden, aber die Verantwortung der Institutionen in Politik, Justiz, Wirtschaft, Wissenschaft und wer letztlich alles noch bis heute davon profitiert, nachdem es oftmals damals diesen nahtlosen Übergang gab.

Dabei geht es gar nicht darum, dass man in Sack und Asche geht und Institutionen und Strukturen in Frage stellt. Es geht auch nicht nur darum, dass man sich der Verantwortung aus der Vergangenheit stellt. Doch nur, wer sich der Verantwortung stellt, kann selbst eine aktive Rolle übernehmen und in der Zukunft dazu beitragen, dass so etwas nicht mehr passiert. Indem etwa innerhalb der einzelnen Institutionen zu einer Compliance gefunden wird, wir könnten auch Kultur oder Ethik sagen, das finde ich noch angemessener, die so etwas in Zukunft verhindert.

Doch zunächst ist eine akribische Spurensuche in der Vergangenheit nötig. Und die nimmt sich einzelne Beispiele exemplarisch vor. Denn wir wissen alle, eine Zahl von Hunderttausend, eine Million, zehn Millionen erschauert, aber sie berührt nicht wirklich, weil wir sie uns überhaupt nicht mehr vorstellen können. Denn eine emotionale Betroffenheit entwickle ich, indem ich einzelne Schicksale erfahre, erlebe, nacherlebe. Wenn ich mir einzelne Lebenswege anschau, wenn ich mir die einzelnen Kämpfe anschau, über Jahre und Jahrzehnte hinweg, um mit diesen Situationen oder auch einfach mit seinem eigenen Gewissen diese Zeiten zu überstehen und sich nicht untreu zu werden, und anerkenne, was Einzelne dafür in Kauf genommen haben. Daher ist es

sehr verdienstvoll, dass man sich heute sehr intensiv mit einzelnen Biografien in den Zeitläufen der einzelnen Institutionsgeschichten beschäftigt.

Und das alles geschieht hier heute auf dem Léon-Gruenbaum-Symposium. So will ich das mal zusammenfassen, ohne den Titel wiederzugeben. Denn das ist ein mehrfach schwieriges englisches Wort, vor allem, da wir über eine Zeit reden, zu der man dieses Wort noch gar nicht kannte. Interessant ist beim heutigen Thema und ähnlichen, dass es meistens bürgerschaftliche, zivilgesellschaftliche Initiativen sind, die diese einzelnen Schicksale an die Oberfläche holen. Die die bisherigen Institutionen damit konfrontieren, die z.B. in diesem Fall dazu führen, dass das KIT einen eigenen Forschungsauftrag losgetreten hat, um sich selbst ein Bild zu machen.

Spannend über die Person Léon Gruenbaums hinaus ist auch der Blick auf den Beginn einer besonders exklusiven Nachkriegsinstitution wie hier die des Kernforschungszentrums. Was für eine Mentalität mag da von Anfang an vor Ort gewesen sein, als man sich anschickte, sich mit Uran- und Plutoniumwirtschaft zu beschäftigen? In einem Land, das behauptete, es sei eine moderne Demokratie – man habe ja gelernt. Und doch mit Akteuren begann, die ungebrochen aus einer Zeit kamen, die mit Demokratie nun wirklich gar nichts am Hut hatte.

Das alles aufzuarbeiten, gelingt den staatlichen Institutionen nicht alleine, das ist in interessanter Weise offensichtlich, sondern es sind die Bürgergesellschaft, die Zivilgesellschaft, es sind Einzelpersonen, die das ans Tageslicht holen. Und ich bin sehr froh, dass dieses große einzelne Engagement nicht ungehört verhallt, sondern dass dann der ganze Saal interessierter Menschen aus vielerlei Institutionen, Organisationen, aber auch Himmelsrichtungen diese Resonanz bilden und deutlich machen: Es hat sich gelohnt, es wird sich weiter lohnen und es führt dazu, dass diese Biografien und Geschichten auch mitten im Bewusstsein der Bevölkerung ankommen. Das ist, glaube ich, schon ein großer Erfolg.

Und doch will ich ganz besonders einen herausstellen - das wird auch draußen an den Stellwänden schon deutlich -, der hier dem KIT, der der Stadt, dem Forum | Ludwig Marum und auch allen anderen Beteiligten die Person Léon Gruenbaum, die Biografie Léon Gruenbaum und damit auch nochmal eine andere Facette der Auseinandersetzung mit der Geschichte Karlsruhes als Zentrums eines Kernforschungszentrums in seiner ganzen charmanten wie unerbittlichen Art "aufgedrückt" hat. Ich möchte mich da einfach bei Dietrich Schulze ganz herzlich bedanken, der einem nicht nur unglaublich auf den Nerv gehen kann. Wenn man diese emotionalen Reaktion dann ein bisschen runter schluckt und denkt: „Nee, ich guck mir mal an, was er denn so geschrieben hat.“ – dann muss man ihm immer Recht geben, dass es richtig ist, sich damit zu beschäftigen. Und ich weiß genau, wenn er diese Unerbittlichkeit nicht hätte, käme er auch nicht ans Ziel. Von daher noch einmal ganz herzlichen Dank. Du, lieber Dietrich Schulze, Deine Themen und Deine Arbeit sind immer wieder ebenso beeindruckend wie notwendig.

Es bleibt weiter wichtig, sich vorzunehmen, dass wir diese Themen immer wieder in die staatlichen Institutionen und die jeweiligen Organisationen zurückspielen, damit sie ihre eigene Verantwortung auch übernehmen. Das ist beim KIT, wie ich finde, eigentlich gelungen, aber es wird noch einer weiteren Begleitung bedürfen, dass es auch den richtigen Weg nimmt. Zu alledem einfach noch einmal Gratulation und ein herzliches Dankeschön.

Nun wünsche ich dem Symposium einen guten Verlauf. Ich wünsche Ihnen wichtige zusätzliche Informationen und neue Erfahrungen, die Sie nicht nur im historischen Wissen, sondern auch von der eigenen Einstellung zu den Dingen stärken und reifen lassen, durch die Sicherheit in ihren Persönlichkeiten um und durch das Wissen, wie Dinge des Unrechts passieren können und warum Sie sich jetzt stark fühlen können, weil Sie jetzt wissen, wie Sie dafür Sorge tragen können, dass sie zukünftig nicht mehr passieren. Kurzum, ein Mehr an Wissenskompetenz und Zivilcourage.

Doch sollten wir auch von diesem Tag weggehen und uns Gedanken machen, wie wir solche Dinge in die offizielle "Geschichtsschreibung" aufnehmen. Ein erster Schritt ist getan, denn dieses Symposium ist ebenso offiziell wie öffentlich. Und doch lassen Sie uns gemeinsam über den Tag hinaus daran arbeiten, es auch wie selbstverständlich in die Geschichte dieser Stadt einzubringen. Denn jedes Mal, wenn wir etwas Neues detailliert erfasst haben, sind wir im Wissen um die Vergangenheit und damit in der Kompetenz für die Zukunft wieder ein Stückchen reicher geworden. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

II. Begrüßungsworte

Rolande Tordjman-Grunbaum

Sehr geehrte Damen und Herren und alle Mitglieder des Forum | Ludwig Marum, sehr geehrter Dietrich Schulze,

verzeihen Sie meine „approximative“ deutsche Sprache. Seit langem habe ich nicht mehr Deutsch gesprochen. Heute ist der 19. Oktober, wir sind versammelt und Léon Grunbaum ist unter uns und seine Arbeit ist nicht verloren. Ich würde sagen, es gibt Gerechtigkeit – c'est justice. Noch einige Worte in Deutsch. Warum bin ich heute hier? Ich bin nicht fremd in Karlsruhe, ich bin eingeladen. Ich heiße noch Grunbaum. Jetzt in Französisch.

Die deutsch-französische Zusammenarbeit im politischen Sinne existiert. Und auch im direkten Sinne haben wir heute unter uns französisch-deutsche Paare. Ich spreche nur ein wenig Deutsch und ich denke, dass Sie mein Französisch verstehen. Falls nicht, wird der Dolmetscher und Freund Rolf Junghanns mein Vermittler sein. Ich will nicht ausführlich auf Kindheit, Studien und Forschungen und Recherchen von Léon Grunbaum eingehen. Durch Ihre vorherige Lektüre, durch Ihre Arbeit, durch Ihre Anwesenheit heute auf diesem Forum dürften Sie wohl etwas informiert sein.



Rolande Tordjman-Grunbaum bei ihren bewegenden Begrüßungsworten
Foto: Sandra Jaques

Vielleicht wissen Sie, dass Léon, 1934 in einer deutsch-jüdischen Familie geboren, im besetzten Frankreich versteckt leben musste und hin und her geworfen wurde von Stadt zu Stadt, vielleicht wissen Sie von der Furcht und dem Bangen, die dieses unstete Leben mit sich brachte, was ihm eine äußerste Zerbrechlichkeit zugefügt hatte und eine große Empfindsamkeit. Dazu kam der berechnete Hass gegen den Nazismus. Als Beispiel für diese Ängste, die er zu durchleben hatte, möchte ich davon erzählen, wie während der Märsche durch das besetzte Frankreich seine Mutter zu dem kleinen Jungen sagte: „Wenn wir angehalten werden sollten, sag nicht Mama zu mir! Geh ganz allein weiter, selbst wenn ich verhaftet werden sollte!“ Das hinterlässt Spuren in der Psyche eines Kindes.

Trotz allem hatte er später ein brillantes Studium absolviert, am Max-Planck-Institut München die Doktorwürde erlangt und später die gleichrangige Würde an der Uni Sorbonne.

Léon Grunbaum und ich waren sieben Jahre verheiratet, die ersten drei Jahre lebten wir in Karlsruhe – von 1970 bis 1973. Léon hatte einen Dreijahresvertrag mit dem „Kern“, wie wir zum Kernforschungszentrum sagten, das mittlerweile KIT heißt. Dort stand er unter der Oberhoheit von Herrn Greifeld, eines Mannes von ganz besonderem Stande – eines profilierten Alt-Nazis, der erst später enttarnt werden konnte, eines Mannes, der diejenigen Mitarbeiter protegierte, die seine Ansichten teilten. Léon Grunbaum war als Jude sein ausgemachtes Opfer – das „beste“ Opfer.

Ich selbst habe in dieser Zeit Französisch an der Volkshochschule Karlsruhe unterrichtet, was mir viel Freude bereitete.

Die Spannung, die am Institut herrschte, der Antisemitismus des Herrn Greifeld führten zu einer Verschlimmerung der Empfindsamkeit Léons und zu seiner Instabilität. Daran ist unsere Ehe zerbrochen, ich wurde krank. Und letztlich führte das allmählich zu einem beklagenswerten Lebensabend Léons, zu seinem Tod. Er hat in Mingolsheim eine bescheidene Ruhestätte gefunden. Am 15. April 2011 hatten seine Freunde an seinem Grabstein in meinem Beisein eine Gedenkrede für ihn gehalten.

Eine seltsame Laune der Geschichte: Als Sohn einer Familie deutscher Juden wurde er in Frankreich geboren. Mit seiner Volljährigkeit hatte er die französische Staatsbürgerschaft gewählt. Seine letzte Ruhe hatte er schließlich in Deutschland gefunden. Ein wechselvoller Lebensweg, geprägt von Hass und Liebe. Ja, man sagt doch, dass die Kinder immer in ihre Heimat, in ihr Vaterland zurückkehren. Was für ein wechselvoller Lauf der Dinge.

Das Leben geht aber weiter und ich bin heute in Deutschland, in Karlsruhe unter Ihnen, unter Freunden. Auch sonst bin ich immer wieder einmal in Deutschland, zuletzt im Juni auf dem Bachfest in Leipzig.

Wenn ich jetzt schließe, möchte ich die Anwesenden auf meinen Wunsch aufmerksam machen: Möge es nie wieder zu Ungerechtigkeit und Missgunst zwischen den Menschen kommen – gegen wen auch immer, aufgrund welcher Motive auch immer – sei es die Religion, die Nationalität oder die Identität eines Menschen.

Vielen Dank, dass Sie mich eingeladen haben. Vielen Dank, dass Sie mir Ihre Aufmerksamkeit geschenkt haben. Einen guten und erfolgreichen Tag.

IV. Léon Gruenbaums doppelte Verfolgung durch Nazis und sein Widerstand gegen die Atompolitik der Nachkriegszeit

Dietrich Schulze

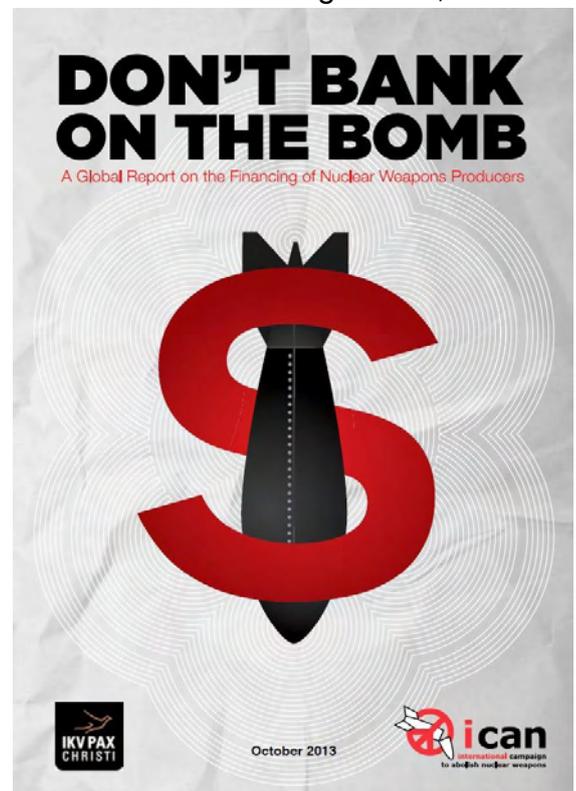
Liebe Rolande, Du hast das Wichtigste angesprochen, was ich bei der Beschäftigung mit Léon heraus gefunden habe, nämlich seine Angst aufgrund der Verfolgung seiner Familie, gepaart mit einem großen Intellekt. Das ist die Erklärung für alles, was Léon betrifft. Du hast das Beispiel mit seiner Mutter angeführt, wie sie ihren Sohn gewarnt hat. Das gräbt sich tief in die Psyche ein.

Ich habe meinen Beitrag in acht Punkten mit Schlagzeilen zusammen gefasst.

1. Gefährlich: Film gestern Abend: Lebensgefahr für die beiden Nazi-Aufklärer Serge und Beate Klarsfeld bei der Jagd nach dem „Schlächter von Lyon“ Klaus Barbie. Robert Jungk hatte Léon 1977 in Paris aufgesucht und beschreibt in seinem Buch „Atomstaat“ die Gefahr für Léon, als dieser belastende Dokumente gesammelt hatte, über die machtpolitische Dimension zwischen der sog. friedlichen Nutzung der Atomenergie, d.h. über deutsche Nukleartechnologie-Hilfe, die eine Herstellung von Atomwaffen in Südafrika, Brasilien, Argentinien und ermöglichte. Das ist hochaktuell. Von der Initiative „Don't bank on the bomb“ wurde gerade veröffentlicht, dass deutsche Banken mit 7,6 Mrd. Euro die Atomwaffen-Herstellung anderswo finanzieren. Und KIT betreibt weiter Atomforschung mit größeren Mengen Plutonium, dem Bomben-Rohstoff, natürlich nur für noch bessere und noch sicherere zukünftige Atomkraftwerke, die prima Strom produzieren und obendrein auch noch den Atommüll schneller beseitigen sollen. Von wegen Energiewende und Atomausstieg.

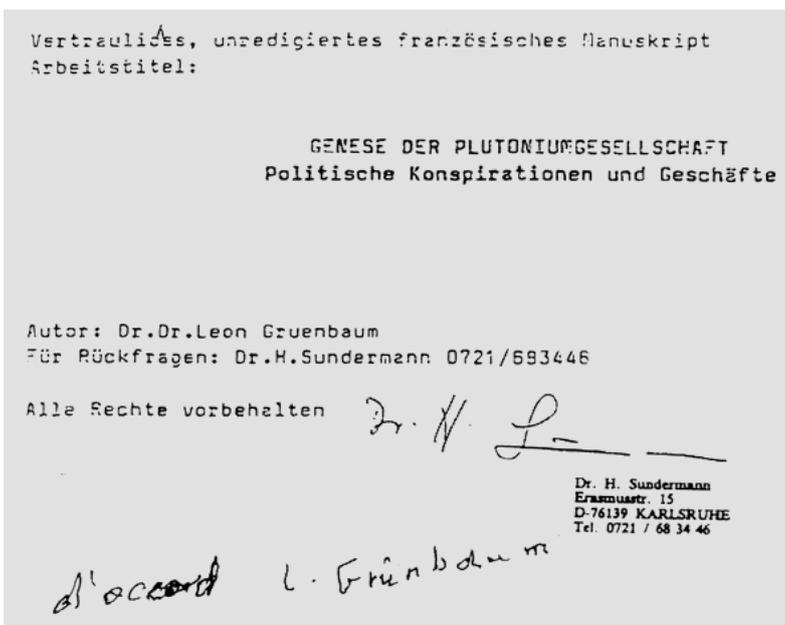
2. Kampf dem Unrecht: Genau mit einem Manager für diese „menschheitsbeglückende“ Technologie hier in Karlsruhe ist Léon Gruenbaum vor 40 Jahren aneinander geraten. Das veranstaltende Forum möchte die politischen Zusammenhänge aufzeigen, aber vor allem einen Menschen ehren, der mit Klugheit, Schaffenskraft und Zivilcourage viel bewegt hat und genau deshalb absichtsvoll „vergessen“ wurde. Der französische Staatsbürger Léon Gruenbaum aus jüdischer Familie starb 2004 in der Klinik in Bad Schönborn. In Bad Mingolsheim befindet sich sein Grab. Im Nachruf hatte ich nach einem Vergleich mit Ludwig Marum - bei aller Verschiedenheit der individuellen Voraussetzungen und Lebensverläufe - formuliert: „Menschlichkeit zeigt sich vor allem darin, mit welcher Kraft und mit welcher Konsequenz Wahrheit gesucht und Unrecht bekämpft wird.“

3. Polnischer Rabbiner: Léon Gruenbaums in Polen lebende Familie – der Großvater war Rabbiner, sie galten als sog. „Reichsdeutsche“ - floh vor den Nazis nach Frankreich. Léon wurde 1934 in Forbach/Elsass geboren. Ein kleiner Teil seiner Familie konnte sich mit Hilfe von Freunden aus der Resistance in den unbesetzten Teil Frankreichs retten. Der größte Teil wurde in



Auschwitz umgebracht. Léon studierte Physik in Frankreich und promovierte 1964 in München im Umfeld von Werner Heisenberg auf dem Gebiet der theoretischen Nuklearphysik. Nach Forschungstätigkeit in England und an der TU Darmstadt wurde er 1970 im Kernforschungszentrum - heute KIT Campus Nord - mit einem befristeten Vertrag eingestellt. In jenen Jahren war die Praxis der Zeitverträge eingeführt worden. Mit wenigen Ausnahmen wurden diese damals nach 3 bzw. 5 Jahren in unbefristete Verträge umgewandelt. Léon gehörte trotz exzellenter wissenschaftlicher Fähigkeiten zu diesen wenigen Ausnahmen. Warum? Auf fatale Weise hatte sich sein Weg erneut mit einem Schatten aus dem untergegangenen Dritten Reich gekreuzt, dem Geschäftsführer Dr. Rudolf Greifeld. Dessen NS-Vergangenheit war unbekannt, nicht aber dessen Vorlieben bei der Personalauswahl. Bei der Stellensuche war es ein Vorteil, in der Waffen-SS gewesen zu sein. Bei Ausländern sollten möglichst Blonde aus Schweden und keine vom Balkan eingestellt werden.

4. Antisemit & Atommanager: Léon spürte dessen Hass gegenüber Juden und das von ihm und seiner Administration praktizierte autoritäre Klima. Den Schlüssel für seine abenteuerliche Spurensuche bekam er in die Hand aufgrund eines Greifeld-Briefs vom Juni 1972 an einen befreundeten Wissenschaftler von Léon, in dem Greifeld erklärte, zusammen mit einem Dr. Waldemar Ernst in der Militärregierung des besetzten Frankreich tätig gewesen zu sein. Dieser befreundete Wissenschaftler ist heute als Zeitzeuge anwesend. Leider nicht anwesend sein können Serge und Beate Klarsfeld, mit denen der heutige Termin im April in Paris konzipiert worden ist. Serge Klarsfeld hat dankenswerter Weise in einer Botschaft zum Symposium geschildert, wie es ihm gelang, Léon Gruenbaum zu helfen. Er hatte im Oktober 1975 das entscheidende Beweisdokument gefunden, ein antisemitisches Dekret von 1941, von Greifeld persönlich unterzeichnet. Jetzt ging alles Schlag auf Schlag: Pressekonferenz in Strasbourg. Demissionierung Greifelds als Direktionsmitglied einer internationalen Forschungseinrichtung in Grenoble aufgrund einer massiven Unterschriftensammlung französischer WissenschaftlerInnen. Und dann der Schlusspunkt: Greifelds Absetzung als Geschäftsführer in Karlsruhe, zwei Jahre vor der Rente. Ein unerhörter Vorgang, den die Atomlobby unbedingt unter der Decke halten will.



Titelblatt von Leon Gruenbaums Monographie

5. Schöpferischer Geist: Léon Gruenbaums mehr als dreijährige nervenaufreibende Spurensuche war also erfolgreich. Ein bitterer Erfolg allerdings. Léon hatte aufgrund der Diskriminierung seine berufliche Arbeit verloren. Seine gesamte Existenz drehte sich um eine einzige Frage, nämlich die absichtsvoll vertuschten personellen und machtpolitischen Hintergründe der hochgelobten Atompolitik öffentlich zu machen. Dabei gelang seinem zielstrebigem, unermüdlichen und schöpferischen Geist etwas beinahe Unglaubliches. Im Verlaufe von weiteren vier Jahren

härtester Arbeit erstellte Léon Gruenbaum eine bedeutungsvolle geschichtswissenschaftliche Monographie mit dem Titel „Die Genese der Plutoniumgesellschaft“, die bis heute unveröffentlicht ist. Einige Kapitel daraus sind vorab für den Reader zum Symposium übersetzt worden. Sie werden ahnen, wer etwas gegen die Veröffentlichung hatte und noch hat. Über einen Teil des von Léon dabei erarbeiteten Wissens wird Wolff Geisler gleich mehr berichten. Ein historischer Glücksfall, dass Wolff Geisler für das Symposium gewonnen werden konnte, weil er Léon persönlich kennen gelernt und mit ihm eng zusammen gearbeitet hat.

6. Nazi-Täter als Atom-Väter: Inzwischen ist einiges über die Erstausrüstung der bundesdeutschen Atomforschung ans Licht der Öffentlichkeit gedrungen. Neben Greifeld hatte der Atomminister und spätere Verteidigungsminister Franz Josef Strauß als ersten Direktor des Zentrums Dr. Ritter eingesetzt, der vom Nürnberger Militärgerichtshof als Kriegsverbrecher verurteilt, aber bald wieder freigelassen worden war. Der erste für das Atomforschungsprogramm zuständige Wissenschaftler, der Chemiker Dr. Schnurr, war der Sprengstoff-Experte des Hitlerreiches, der auf der Rattenlinie über den Vatikan nach Argentinien geflohen war, dort Peron bei der Atombombe half und genau dieser Fähigkeiten wegen 1960 in Karlsruhe eingesetzt wurde. Die nukleare Kooperation mit dieser und anderen Diktaturen wurde in Unterlaufung des Völkerrechts verdeckt fortgesetzt. Auf Fakten und Hintergründe werden Wolff Geisler und Joachim Radkau eingehen ebenso wie aus einem anderen Blickwinkel Andrea Hoffend.

7. Ehrloser Ehrensator: Wieso konnte alles das tief im Untergrund der Geschichte Vergrabene nach 40 Jahren zu einem derartigen Ausgrabungsprojekt wie diesem Symposium führen? Der wichtigste Grund, ein Zufall: die Veröffentlichung der Ehrensatorenliste des KIT im letzten Jahr. Darin eben jener Nazi-Täter und Verfolger Rudolf Greifeld, ernannt 1969 von der Uni Karlsruhe ohne Kenntnis von dessen NS-Vergangenheit. Die Annullierungsforderung von drei ehemaligen KIT-Beschäftigten (alle anwesend) vom letzten September wird vom KIT-Präsidium mit immer neuen Argumenten verschleppt. Die beiden „schärfsten“: 1. der „postmortale Ehrschutz“ (Stichwort Mephisto-Urteil). 2. Greifeld auf dem Bild mit Hitler vor dem Eiffelturm könnte ein anderer sein. Begründet mit der Greifeld-Story, Hitler nie persönlich gesehen zu haben. (s. BNN 27. Juli 2013). Dabei existiert ein weiteres Foto mit Greifeld aus drei Meter Distanz auf Hitler blickend. Gegen Nazi-Lügen und Verschleppung hilft nur geduldige und nicht nachlassende Aufklärung der Öffentlichkeit. Wir alle können dem Forum | Ludwig Marum mit dem Vorsitzenden Harald Denecken und dem ideenreichen Mitglied Christof Müller-Wirth dankbar für die Initiative zu diesem Symposium sein.

8. Ungeliebter Aufklärer: Ja, die vom Forum gepflegte Erinnerungskultur hat hier eine schöne neue Gestalt angenommen, die einen perspektivisch interessanten und vielfältigen Lernprozess ermöglicht - in der „Residenz des Rechts“ mit einer Bildungs- und Forschungseinrichtung mit 22.000 Studierenden und 9.000 Beschäftigten. Die beste und treffendste Schlagzeile der Presseberichte zum Symposium erschien am Donnerstag in der Tageszeitung „junge Welt“: »Ungeliebter Aufklärer«. Ich sprach vorher von Léons bitterem Erfolg. Nachdem Léon weder beruflich Fuß fassen, noch eine Veröffentlichung seiner Monographie erreichen konnte und sich sein Gesundheitszustand rapide verschlechtert hatte, zog es ihn zu den Freunden nach Karlsruhe zurück. Auf seinem letzten Weg wurde er betreut von dem Wissenschaftler Heinz Sundermann und war fest in der Hand von Ärzten. Es kann vermutet werden, dass dabei auch die Hirnhaut-Entzündung eine

Rolle gespielt hat, die er als Kind auf der Flucht der Familie vor den Nazis erlitt. Auch als Referenz an Rolande Tordjman-Grunbaum möchte ich schließen mit den Schlussworten meines von Rolf Junghanns übersetzten Nachrufs von 2011:

»Menschlichkeit zeigt sich vor allem darin, mit welcher Kraft und mit welcher Konsequenz Wahrheit gesucht und Unrecht bekämpft wird. Beides hat Léon redlich getan. Wir werden ihm und seinem Wirken ein ehrendes Andenken bewahren. Wir werden Léon nicht vergessen, so wie wir die Vergangenheit nicht vergessen dürfen, wenn sie nicht erneut durchlitten werden soll. Schalom, Léon, Schalom.«

[und in Würdigung für Léon und Rolande in Französisch von Rolf Junghanns vorgetragen]

»L'humanité se manifeste surtout dans la force et la résolution avec lesquelles on cherche la vérité et on lutte contre l'injustice. Léon a été un chercheur de vérité et un combattant pour la justice honnête. Nous chérissons son souvenir et ses activités. Nous n'oublierons pas Léon comme nous ne devons pas oublier le passé si nous ne voulons pas endurer de nouveau les peines de ces temps. Shalom, Léon, Shalom.«

IV. Léon Gruenbaums doppelte Verfolgung durch Nazis und sein Widerstand gegen die Atompolitik der Nachkriegszeit **Wolff Geisler**

Léon Gruenbaum war ein begeisternder, faszinierender Mensch. Er war gut und ängstlich und kühn. Er vibrierte von geistiger Aktivität, hatte ein enormes Gedächtnis, mit dessen technischem Inhalt er uns politische Zusammenhänge aufzeigte.

Die Bundesrepublik Deutschland hatte sich vertraglich verpflichtet, auf ihrem Territorium keine Atomwaffen zu bauen. Léon Gruenbaum besprach mit uns Projekte deutscher Firmen, die in Staaten mit a) undemokratischen Regierungen und b) der Nichtunterzeichnung des Atomwaffen-Sperrvertrages zur Produktion von Atombomben führen konnten. Dafür wurden legale, z.T. kriminelle Konstruktionen benutzt.

Beispiel 1a: Der Cabora Bassa-Staudamm, Siemens, AEG, BBC, Hochtief und Voith bauten in der portugiesischen Kolonie Mocambique, offiziell in der Provinz des Entwicklungslandes Portugal, mit staatlichen Entwicklungshilfe-Konditionen den Cabora Bassa Staudamm. Dessen Elektrizität wurde über 1800 km mit der durch Steuergelder entwickelten HGU-Technik nach Südafrika geleitet, obwohl Südafrika selbst Elektrizität exportierte.



Veranstaltung vor 26 Jahren in Karlsruhe (Juli 1988) mit Dr. Wolff Geisler von der Anti-Apartheid-Bewegung (Collage DS)

Beispiel 1b: Der Strom in Südafrika war für die Urananreicherungsanlage, die von der Gesellschaft für Kernforschung Karlsruhe entwickelt wurde, bestimmt. Das Ende der Apartheid-Regierung war das Ende dieses Projektes. Aber es sollen neun Atombomben dadurch gefüllt worden sein.

Beispiel 2: Das Kattara-Projekt in Ägypten. Deutsche Firmen entwickelten damals atomare Sprengköpfe, angeblich um in Ägypten eine Verbindungsrinne vom Mittelmeer zur 134 Meter tiefer gelegenen Kattara-Senke herauszusprengen. Der Wasserstrom sollte 30 Jahre fließen und ein zu bauendes Kraftwerk betreiben. Benötigt würden dafür 267 „zivile“ Atombomben. Das Projekt wurde nicht verwirklicht.

Beispiel 3: Die Firma Otrag, München war eine mit einem Rekord-Steuersparsatz (297%!) vom Finanzminister bedachte Firma, die über dem Äquator eine Kette von stationären Satelliten postieren wollte. Léon Gruenbaum wies nach, dass dafür 267 Raketenstarts angesetzt waren. Otrag erwarb dann in Zaire kolonialherrenartig 225.000 km² Gelände um Kolwezi in der Uran-(Kupfer, Kobalt)-Provinz Shaba/Katanga zum Erproben von Raketen und Drohnen. Otrag wurde später auch in Libyen tätig. Otrag-Chef Lutz Kayser bezeichnete Kritik an dem Projekt als Kritik der „links-jüdischen Sunday Times“.

Beispiel 4: Das Inga-Shaba Projekt. Deutsche Firmen bereiteten den Bau eines Kraftwerkes an der Mündung des Kongo-Flusses und die Übertragung der Elektrizität über 1200 km nach Kolwezi-Shaba vor. Uran-Anreicherung wurde als ein Ziel genannt. Das Projekt, ohne die Anreicherung, wurde von US-Firmen verwirklicht. Es soll heute mit der Kontrolle der Stromversorgung der Bergbau-Betriebe eine Abtrennung der Shaba-Katanga Region von der Republik Kongo verhindern.

Beispiel 5: Siemens und AEG schlossen 1975 mit dem Schah von Iran einen Vertrag über die Errichtung zweier Kernkraftwerke (Bushir I und II). Uran dafür sollte aus Namibia bezogen und in der Sowjet-Union angereichert werden. Als 1979 die Shah-Herrschaft beseitigt wurde, wurde das Projekt von Siemens beendet. Russland hat es 30 Jahre später vollendet. Die Brennstoff-Produktion dafür ist Irans Begründung für die eigene Uran-Anreicherung.

Beispiel 6: 1975 sicherte Bonn Brasilien Uran-Anreicherung in Brasilien durch die Gesellschaft für Kernforschung Karlsruhe sowie acht Kernreaktoren zu. Als die Machtverhältnisse sich in Brasilien änderten, wurde das Projekt abgebremst, aber nicht gekündigt.

Beispiel 7: Mit Argentinien wurde 1968 der Vertrag über die Lieferung eines Schwerwasser-Druckreaktors geschlossen. Dieser Typ ist zur Produktion und Entnahme von Plutonium ohne Betriebsunterbrechung geeignet. In Argentinien wurden nach Mai 1945 viele Waffen-Spezialisten aus Deutschland angestellt.

Beispiel 8: Die Pakistanische Urananreicherungs-Anlage nach dem Zentrifugen-Verfahren, wurde mit Ausbildungshilfe, einer Uranhexafluorid-Konversionsanlage, mit Zentrifugen und Messgeräten aus der Bundesrepublik Deutschland errichtet. Die Firmen konnten bei derartigen Projekten ganz offiziell 15% des Gewinns als „N.A.“ von der Steuer absetzen. „Nützliche Abgaben“, Bestechungsgelder.

Léon Gruenbaums Informationen und Anregungen trugen entscheidend dazu bei, dass zu diesen unglaublichen Projekten eine Gegenöffentlichkeit entstand, die diese Projekte behinderte, ja zum

Teil verhinderte. Der kriminellen Energie der Machthaber standen wir mit 17 Stunden täglicher Aktivität gegenüber. Léon Gruenbaum zeigte mir u.a., wie man überprüft, ob eine Tür unbefugt geöffnet wurde, wie man einen Text sicher verschlüsselt (auch heute NSA-sicher). Für Auslandsreisen hätte ich auf ausländische Reisedokumente für mich von ihm zurückgreifen können.

In den meisten Projekten waren Personen und Firmen, die für den Sieg des nationalsozialistischen Deutschlands gearbeitet hatten, engagiert. IG-Farben-Hoechst, Krupp, Siemens, Linde, AEG, Hochtief, WMF, Pfeleiderer, Mercedes-Benz, Messerschmitt-Bölkow-Blohm, Varian MAT, Degussa.

Als wir mit entscheidenden Informationen von Léon Gruenbaum damals diesen NS-Hintergrund der atomaren Aktivitäten von Firmen und Personen in Südafrika, Argentinien, Brasilien, Pakistan und der Fa. Otrag herausfanden, verdrängte ich die Antwort auf die Frage: Warum lassen Bundesregierung, die Regierungen der USA, UdSSR, Großbritanniens, Frankreichs, Israels das schweigend geschehen? Heute ist bekannt, dass im Berlin Document Center der US-Regierung ein Special Safe mit der NS-Verbindung von 137 Personen, darunter über 70 Mitglieder der Bundesregierungen, bestand, dessen Inhalt zum Teil heute weiter geheim gehalten wird (Malte Herwig. Die Flakhelfer. 2013). Die NSA der USA hat 1945 fünf Tonnen Dokumente abgehörter Gespräche zwischen Deutschland und den USA, Großbritannien, Frankreich vom Forschungsamt der Luftwaffe Hermann Görings übernommen und als „Cosmic Secret“ bis heute verborgen.

Acht ehemalige Mitglieder der NSDAP wurden Mitglieder des sechzehnköpfigen Parlamentarischen Rates. Bundespräsident Heuß stimmte für die Hitler-Diktatur, Bundespräsident Lübke konstruierte KZ-Produktionsstätten, Bundespräsident Heinemann war Personal-Direktor von Krupp und Mitglied von NS-Organisationen, Bundespräsident Scheel: NSDAP, Bundespräsident Carstens: NSDAP und SS. Bundeskanzler Kiesinger und 26 Bundesminister waren in der NSDAP (Gewalt H. Angehörige des Bundestags/I.-X. Legislaturperiode ehemaliger NSDAP- &/oder Gliederungsmitgliedschaften, Stand 20. Oktober 2005 helmut_gewalt@yahoo.de) ebenso. Die meisten Ministerpräsidenten einschließlich Zinn und Arndt waren in der NSDAP, Bundeskanzler Helmut Schmidt war ausgewählter Zuschauer bei zwei Freisler-Prozessen gegen Teilnehmer des Hitler-Attentates vom 20. Juli 1944. Bundesminister Genscher, Verfassungsschutzpräsident Nollau, Bundesregierungssprecher Böhnisch, der Leiter des Instituts für Zeitgeschichte Broszat bekamen trotz ihrer NSDAP-Mitgliedschaft von der DDR den Stempel: „kein Mitglied der NSDAP“ und wurden derartig „antifaschistisch“ verbürgt in der BRD Politik-Gestalter.

156 NSDAP-Mitglieder wurden Mitglieder des Landtages in Bayern, 130 in Baden-Württemberg, 30 in Berlin-West, 57 in Rheinland-Pfalz, 195 in Niedersachsen, 60 in Bremen, 261 in Nordrhein-Westfalen, 76 in Schleswig-Holstein. Acht (von 23) wurden Präsidenten des Bundesrates, 28 (von 55) wurden Mitglieder des Bayerischen Senats. 64 ehemalige Mitglieder der NSDAP wurden Mitglieder der DDR-Volkskammer. 404 ehemalige Mitglieder der NSDAP wurden Mitglieder des Deutschen Bundestages. 35,76% der deutschen Mitglieder des Europäischen Parlamentes von 1952 bis 1988 waren Mitglieder der NSDAP bzw. einer faschistischen Organisation gewesen. (fast alle Angaben aus helmut_gewalt@yahoo.de). Natürlich wussten und wissen Bonn, Washington, London, Paris, Moskau, Tel Aviv/Jerusalem all dieses. Auch den NSDAP-Hintergrund von Literaten wie Walser, Hildebrandt, Wellershoff usw., die SS-Mitgliedschaft von Günter Grass kannten sie.

Und heute? Die Bezeichnung „Mitteldeutschland“ für die DDR war bis 1990 ein „unkorrekt“ Kampfbegriff für eine Erlangung deutscher Herrschaft über Teile Polens, die ehemals deutschen Gebiete Ostpreußen, Schlesien, Pommern. Seit 1990 gibt es den staatlichen „Mitteldeutschen Rundfunk“ in Leipzig, die „Mitteldeutsche Zeitung“ von Neven DuMont in Dresden, Mitteldeutsche Ärztetage, usw. Es gibt den neuen staatlichen Begriff „Vorpommern“. Eine Erdgasleitung durch die Ostsee beweist Kriegsvorbereitungen bezüglich Polen. Russische Politiker kennzeichnen die zweitgrößte Stadt dort in Deutsch als „St. Petersburg“. Unter Vorwänden, die an die „Sender Gleiwitz“-Behauptungen denken lassen, töten und zerstören deutsche Berufs-Soldaten in Afghanistan, Serbien, Mali.

Léon Gruenbaum hat uns gelehrt, genau hinzusehen: Danke Léon.

V. Die Judenverfolgung im besetzten Frankreich und die Vorgeschichte in Baden

Manja Altenburg

Die Judenverfolgung im besetzten Frankreich ist eng verbunden mit der Judenverfolgung in Baden. In dieser Abhandlung stehen Kunstwerke des Künstlers Horst Rosenthal, die er während seiner Inhaftierung im Lager Gurs anfertigte, im Mittelpunkt. Sie geben Aufschluss sowohl über das Leben im Internierungslager als auch über die damalige Politik Frankreichs.

Die deutschen Truppen marschierten während des Zweiten Weltkrieges am 14. Juni 1940 in Paris ein. Zwei Tage später trat die nach Bordeaux geflüchtete französische Regierung unter Paul Reynaud zurück. Unter Marschall Henri Philippe Petain bildete sich ein neues Kabinett, das mit den Deutschen einen Waffenstillstand schloss. Die Regierung von Vichy setzte die Verfassung der sogenannten Dritten Republik am 10.07.1940 außer Kraft und betrieb eine Politik der „begrenzten“ Kollaboration mit der deutschen Besatzungsmacht. Im Waffenstillstandsvertrag, am 22. Juni 1940 in Compiègne unterzeichnet, wurde Frankreich in folgende Zonen aufgeteilt:

1. „Zone occupée“– die von den Deutschen besetzte Zone: Norden und Nordosten von Frankreich, die Atlantik- und Kanalküste, Elsass und Lothringen (von den Deutschen annektiert)
2. „Zone libre“– die von der französischen Regierung verwaltete freie Zone: ca. 40% des bisherigen Staatsgebietes; Süd- und Zentralfrankreich,
3. Zone unter italienischer Verwaltung: Südosten

Zudem vereinbarte die Waffenstillstandskommission in Wiesbaden mit der französischen Delegation, dass alle Juden französischer Staatsangehörigkeit aus Elsass und Lothringen in das unbesetzte Frankreich gebracht werden. Zwischen Juli und September 1940 wurden über 23.000 Juden und sogenannte missliebige Franzosen aus den besetzten Gebieten in das unbesetzte Frankreich abgeschoben. Gauleiter Robert Wagner (Baden) und Josef Bürckel (Saarpfalz) wurden am 02.08.1940 zu den Gebietsleitern der Zivilverwaltung des besetzten Elsass und Lothringen ernannt. Anlässlich einer Besprechung der beiden Gauleiter in der Reichskanzlei am 25.09.1940 verlangte Hitler, dass ihre Gebiete „judenfrei“ werden sollten. Beide Gauleiter forderten darüber

hinaus in Eigeninitiative von Reichsführer-SS Himmler, in einer koordinierten Aktion die Verreibungen auch auf die im südwestdeutschen Reichsgebiet lebenden Juden auszuweiten.



Von der Nazi-Wehrmacht besetzte Gebiete Frankreichs 1940-1944
Quelle: wikimedia "German military occupation of France"

Die daraufhin durchgeführte Deportation von über 6500 Juden aus Baden und der Saarpfalz in das Internierungslager Gurs am 22. und 23. Oktober 1940 ist auch bekannt als Wagner-Bürckel-Aktion. Mit der Organisation des Transports wurde Adolf Eichmann betraut, der sich in Wien einen Namen als Vertreibungsexperte gemacht hatte. Die ersten Juden wurden von Eichmann in Zügen über die Demarkationslinie als Militärtransporte deklariert in den unbesetzten Teil Frankreichs abgeschoben und von den Franzosen in Internierungslagern wie Gurs untergebracht.

VI. Braunfäule: Nazi-Karrieren in Nachkriegsdeutschland

Andrea Hoffend

Die Braunfäule ist eine durch Pilze hervorgerufene Form der Holzfäule, bei der vor allem Cellulose abgebaut wird. Das Holz nimmt dadurch eine dunkelbraune Farbe an und verliert an Masse und Festigkeit. Im fortgeschrittenen Stadium besitzt es keine Tragfähigkeit mehr und lässt sich zwischen den Fingern zu Pulver zerreiben. Die Braunfäule wird deshalb auch „Destruktionsfäule“ genannt.

Nein, es folgt jetzt kein biologisches Referat, und nein, ich hänge auch nicht der Idee eines vermeintlichen „Volkskörpers“ an, der von so genannten „Parasiten“ „zersetzt“, und ebenso wenig der Idee einer „Volksseele“, die beschädigt werden könne. Das ist auch keineswegs meine Sprache, wohl aber die der deutschen Romantik – derer sich der Nationalsozialismus später bemächtigt hat, um sie auf denkbar grausamste Art beim Wort zu nehmen. Der Nationalsozialismus entlarvt sich in seinem Wesenskern als ein Biologismus der extremsten Art – und damit zugleich auch als ein Anti-Sozialismus der extremsten Art.

Nehmen Sie es also als eine Art von bitterem Sarkasmus, wenn ich hier und heute einen Begriff aus der Biologie auf die deutsche Gesellschaft nach 1945 übertrage. Was aber will ich mit diesem Begriff ausdrücken: „Braunfäule“? Haben die Alt-Nazis die deutsche Nachkriegsgesellschaft

pulverisiert? Nein, das zum Glück nicht, jedenfalls nicht zur Gänze. Wohl aber hat das Ausmaß, in dem sie im westlichen Teil Deutschlands nach Kriegsende mehr oder weniger unhinterfragt in einflussreiche Positionen einrücken und den öffentlichen Diskurs prägen konnten, der jungen Republik – so meine Hypothese – einen ethischen und politischen Substanzverlust beschert, der in antithetischer Form übrigens auch die DDR prägte und in der gesamten deutschen Gesellschaft bis heute nachwirkt. Wie das?

In den Entnazifizierungsverfahren der Nachkriegszeit attestierten sich einstige aktive NSDAP-Mitglieder und Kriegsverbrecher gegenseitig zuhauf weiße Westen, indem sie einander so genannte „Persil-Scheine“ ausstellten, wie die Bescheinigungen politischer Unbedenklichkeit im Volksmund hießen. Aber auch und sogar NS-Opfer neigten unter dem Druck der obwaltenden restaurativen Verhältnisse zum Teil dazu, „um des lieben Friedens willen“ in das NS-System verstrickte Nachbarn und Bekannte zu entlasten – man wollte ja schließlich weiter in diesem Land, dem Heimatland, leben.

Gleichzeitig zogen sich die Wiedergutmachungsverfahren der Opfer oft quälend lange über Jahrzehnte weg hin – mit vielfach beschämenden Ergebnissen, wenn etwa formaljuristisch argumentiert wurde, das chronische Nierenleiden, das den Antragsteller zur Arbeitsunfähigkeit verdammt, könne nicht mit Sicherheit auf seinen jahrelangen Zwangsaufenthalt in den feuchten Kasematten einer zum KZ umfunktionierten Festung zurückgeführt werden.

Beispiele für Nazi-Karrieren in Nachkriegsdeutschland lassen sich in Hülle und Fülle aufführen. Ich werde es hier bei einigen Hinweisen und wenigen vertiefenden Beispielen belassen und mich sodann der für uns Heutige wesentlich wichtigeren Frage zuwenden, was diese unselige Kontinuität in der deutschen Nachkriegsgesellschaft bewirkt hat und ob und inwiefern die „Braunfäule“ noch heute nachwirkt.

Wir haben vorhin vom Oberbürgermeister und auch von Herrn Geisler schon einiges zu den Verstrickungen auf wirtschaftlichem Terrain gehört. Und ich denke, es wurde auch gut herausgearbeitet, dass es zumindest im westlichen Teil Deutschlands nach 1945 über strukturelle Fragen hinaus vor allem um den Fortbestand beziehungsweise die Wiederherstellung von Eigentum ging.

Da waren zum Beispiel Menschen wie der Stahl- und Rüstungsunternehmer Friedrich Flick: Nachdem er bereits seinen Teil zum Untergang der Weimarer Republik beigetragen hatte, dann in der NS-Zeit von den so genannten „Arisierungen“ sowie von der forcierten Kriegsausrüstung massiv profitiert hatte, schließlich dann im Krieg als so genannter „Wehrwirtschaftsführer“ in seinen Produktionsstätten zahlreiche Zwangs- und Sklavenarbeiter zu Tode schinden ließ, wurde er in den „Nürnberger Prozessen“ 1947 zu sieben Jahren Haft verurteilt. Schon 1950 kam Flick wieder frei und konnte in der Folge mit tatkräftiger Unterstützung der Adenauer-Regierung eine Entflechtung seines Eisen- und Stahlimperiums in Westdeutschland abwehren; lediglich die Stahlkohlegesellschaften wurden zum Marktwert verkauft. Flick stieg damit rasch zu einem der reichsten und einflussreichsten Männer der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft auf.

Es wird hoffentlich niemand als pietätlos betrachten, wenn ich hier auch den 1977 von der Rote Armee Fraktion ermordeten Arbeitgeberpräsidenten Hanns Martin Schleyer erwähne. Seit 1933 war Schleyer Mitglied der SS, seit 1937 Mitglied der NSDAP. Vom Helfershelfer des Rechts-

extremismus zum Opfer des Linksextremismus – eine Biografie, die auf ebenso entsetzliche wie spannende Weise die ganze deutsche Misere kennzeichnet.

Ein Beispiel aus dem nordbadischen Raum illustriert überaus eindrücklich, wie lange Verstrickungen in das NS-System zum Teil unter der Decke gehalten werden konnten – nämlich im konkreten Fall bis in die allerjüngste Zeit. Vielleicht hat der eine oder die andere von Ihnen schon einmal den Namen des Mannheimer Kaufhausmagnaten Erwin Vetter gehört, der bis zu seinem Tod kurz nach der Jahrtausendwende der größte Stifter und Mäzen seiner Heimatstadt war und dafür 1999 mit der äußerst selten verliehenen Ehrenbürgerwürde geehrt wurde – zu einem Zeitpunkt, als bereits allen hätte klar sein können, auf welche Weise Vetter Mitte der 1930er Jahre zu seinem Vermögen gekommen war: nämlich durch Arisierung im großen Stil. Doch alle schwiegen; man wollte den edlen Spender, nach dem in der Stadt Wege, Säle und anderes benannt waren, nicht verschrecken. Erst als vor kurzem eine junge Wissenschaftlerin eine Studie zu den in Mannheim erfolgten Arisierungen vorlegte, ließ sich die Vergangenheit nicht länger leugnen.

Auf wissenschaftlichem Terrain – damit wären wir beim Thema der heutigen Tagung – sind selbstredend ebenfalls starke Kontinuitäten zu verzeichnen. Bedingt und begünstigt wurden sie durch den Exodus des Gros der Intellektuellen in der NS-Zeit sowie durch andere Faktoren, die den Dagebliebenen – und damit eben auch vielfach Menschen, die in NS-Verbrechen verstrickt waren – nach 1945 einen Vorteil verschafften. Indem die US-Besatzungsmacht den Raketenforscher Wernher von Braun und andere deutsche Naturwissenschaftler bei Kriegsende umgehend für ihre Zwecke vereinnahmte, gab sie dabei quasi den Takt vor. Die Sowjetunion instrumentalisierte ihrerseits den Atomphysiker Manfred von Ardenne für ihre Zwecke. Wo es um den Wettlauf der Blöcke auf wehrtechnischem Terrain ging, galten Skrupel moralischer Art auf beiden Seiten nicht viel.

Nicht nur in den Naturwissenschaften, sondern auch in den Geistes- und Sozialwissenschaften dominierten nach 1945 vielfach jene das Feld, die sich zuvor willfährig in den Dienst des NS-Regimes gestellt hatten. Was die Geschichtswissenschaft betrifft, denke man etwa an Werner Conze und Theodor Schieder. Obwohl die Quellen jederzeit frei zugänglich und zum Teil veröffentlicht waren, wurde erst Ende der 1990er Jahre zum Entsetzen ihrer zahlreichen Schüler aufgedeckt, dass beide in der NS-Zeit den ideologischen Unterbau für die Gewinnung von Lebensraum im Osten und für die Versklavung der dort lebenden Menschen geliefert hatten.

Aus aktuellem Anlass sei gleichermaßen daran erinnert, welches Personal an der Wiege des heutigen Bundesnachrichtendienstes stand. Mit dem Aufbau der Auslandsspionage beauftragte die US-amerikanische Besatzungsmacht ausgerechnet den ehemaligen Chef der Ostspionage, Wehrmachtsgeneral Reinhard Gehlen. Ihm folgte Gerhard Wessel nach, der bereits in der NS-Zeit ein enger Vertrauter Gehlens gewesen war. Der gesamte Geheimdienst der Bundesrepublik, wie er letztlich aus der Organisation Gehlen hervorging, war und blieb durchsetzt von ehemaligen Mitarbeitern des Reichssicherheitshauptamtes und anderen ehemaligen Angehörigen der SS.

Ein weiteres bekanntes Beispiel aus Politik und Verwaltung, das die meisten von Ihnen kennen werden, war der Verwaltungsjurist Hans Globke, Mitverfasser und Kommentator der „Nürnberger Rassegesetze“ und anderer antisemitischer Erlasse der NS-Zeit. Der erste Bundeskanzler Konrad Adenauer hatte keine Skrupel, Globke zu seinem engsten Berater zu machen. In dieser Eigen-

schaft hat Globke in der Adenauer-Zeit nicht nur massiven Einfluss auf die Personalpolitik der Regierung, sondern auch auf andere Bereiche ausgeübt. Ausgerechnet er war es, der die Bundeszentrale für politische Bildung aufbauen durfte. Beziehungen Globkes zu Adolf Eichmann hat die Adenauer-Regierung auf alle nur erdenklichen Arten zu vertuschen versucht.

Auch Adenauers persönlicher Referent Herbert Blankenhorn hatte in der NS-Zeit eine steile diplomatische Karriere durchlaufen, die sich in der Bundesrepublik quasi nahtlos fortsetzte. Ähnlich der Kanzlerenkel Otto von Bismarck, der als DNVP-Politiker massiv zum Sturz der Weimarer Republik beigetragen hatte, bevor er in der NS-Zeit eine steile diplomatische Karriere durchlief. Im Bundestag war er später unter anderem Mitglied des Atomausschusses, und als solcher stand er auch an der Wiege des Kernforschungszentrums Pate. Die von den Genannten und vielen anderen formierten Seilschaften im Auswärtigen Amt verhinderten, dass ihr ehemaliger Kollege Fritz Kolbe, der aktiv gegen das NS-Regime gewirkt hatte, nach 1949 in der deutschen Diplomatie wieder Fuß fassen konnte. Das wäre jetzt also so ein paralleler Fall zu dem, den wir heute im Fokus haben.

Theodor Oberländer, der schon zu Zeiten des „Dritten Reiches“ als Ostexperte firmiert hatte und als solcher eng mit dem vorhin erwähnten Historiker Theodor Schieder verbandelt war, fungierte nach 1945 als Vertriebenenfunktionär und sodann als Vertriebenenminister. Wenn man zynisch sein wollte, könnte man sagen, dass er damit quasi die Früchte seines eigenen Tuns während der NS-Zeit erntete. Eine Beteiligung Oberländers an den Massakern in Osteuropa wird zwar vermutet, konnte aber bisher nicht nachgewiesen werden. Mit dem Wechsel Oberländers und seines Ministerkollegen Waldemar Kraft vom „Bund der Heimatvertriebenen“ zur CDU fand die revanchistische Lobby Mitte der 50er Jahre Eingang in die Reihen der Christdemokratie.

Von 26 Bundesministern der Nachkriegsjahrzehnte ist belegt, dass sie vor 1945 Mitglied der NSDAP, der SA oder SS waren; auf den hohen Anteil von Alt-Nazis in westdeutschen Parlamenten haben auch bereits einige Vorredner hingewiesen. Freilich gilt es zu differenzieren: Ein Erhard Eppler, der sich im September 1943 – noch nicht einmal 17-jährig – auf eine Mitgliederliste der NSDAP setzen ließ, kann nicht in gleicher Weise für die Verbrechen des NS-Regimes in Haftung genommen werden wie die zahllosen älteren Volksvertreter, die sich ohne ein Wimpernzucken von Hitler-Jüngern zu vermeintlichen Super-Demokraten gewandelt hatten.

In der Landespolitik stellte sich die Situation zum Teil noch krasser dar als auf Bundesebene. Mit dem CDU-Politiker Dr. Carl Neinhaus etwa, dem Präsidenten der Verfassungsgebenden Landesversammlung von Baden-Württemberg, stand 1952 ein waschechter Alt-Nazi mit an der Wiege des Südweststaats. Noch im selben Jahr wurde Neinhaus zum Oberbürgermeister von Heidelberg gewählt. Damit kehrte er auf vertrautes Gelände und die Stadt zu ihrer unseligen politischen Vorkriegstradition zurück: Neinhaus hatte bereits von 1928 bis 1945 als Heidelberger Stadtoberhaupt amtiert.

In der Person von Neinhaus' Parteifreund Kurt Georg Kiesinger finden wir das wohl bekannteste Beispiel eines bundesdeutschen Spitzenpolitikers mit „brauner Weste“. 1958 zum Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg gewählt, sollte es der ehemalige NS-Rundfunkpropagandist 1966 bis zum Bundeskanzler bringen. In dieser Funktion erhielt er dann 1968 von Beate Klarsfeld die berühmte Ohrfeige.

Im Amt des baden-württembergischen Ministerpräsidenten war Hans Filbinger auf Kiesinger nachgefolgt. Seinem Wirken als fürchterlicher Richter im nationalsozialistischen Unrechtsstaat zum Trotz wird der CDU-Politiker von interessierter Seite noch heute bisweilen gerne zum Widerstandskämpfer stilisiert. Auch Filbingers Weigerung, sich mit seinem Tun während der NS-Zeit selbstkritisch auseinanderzusetzen, scheint seinem Nachruhm nicht entgegenzustehen. „Was damals rechtens war, kann heute nicht Unrecht sein“, so scheint manch einer noch heute zu meinen. An den Spitzen anderer Landesregierungen sah es kaum besser aus. Gedacht sei etwa an das Saarland, wo seit 1959 das ehemalige NSDAP-Mitglied Franz Josef Röder auf dem Ministerpräsidentensessel saß.



Beim CDU-Bundesparteitag am 7.11.1968 verpasste Beate Klarsfeld Bundeskanzler Kurt-Georg Kiesinger eine schallende Ohrfeige mit dem Ausruf „Nazi“. Bild: Die "Ohrfeigen-Attentäterin" wird abgeführt. Quelle: NRhZ-Archiv (Beitrag 7.3.2012)

Auch in Bayern wirkte in den 1960er und 1970er Jahren mit dem CSU-Politiker Alfons Goppel ein ehemaliger SA- und NSDAP-Mann als Landesvater. Das Amt des Kultusministers bekleidete dort in jener Zeit der ehemalige NS-Jurist Theodor Maunz, der vor allem als Mitverfasser des noch heute wichtigsten Grundgesetzkommentars, des so genannten „Maunz-Dürig“, zu Ruhm gelangt ist.

Damit wären wir beim Justizwesen angelangt. Um dieses weite Feld nicht auch noch betreten zu müssen, verweise ich auf den bitterwahren Film „Rosen für den Staatsanwalt“ von Wolfgang Staudte aus dem Jahr 1959, der noch heute überaus sehenswert ist, sowie auf die vehemente Abwehr, auf die der hessische Generalstaatsanwalt Fritz Bauer in den 1950er und 1960er Jahren in seinem Bemühen gestoßen ist, die Rassenmörder zu verfolgen. Als politisch und rassistisch verfolgter Sozialdemokrat und als einer der ganz wenigen, die nach 1945 aus der Emigration zurückgekehrt sind, stand Bauer in seinem eigenen Amt wie in seinem gesamten Berufsfeld einsam und allein auf weiter Flur, von den Kollegen als vermeintlicher Nestbeschmutzer verunglimpft und denunziert.

Aber noch einmal zurück in den Bereich der Politik: Die Wahlerfolge der rechtsradikalen NPD in den 1960er Jahren wären fraglos ein spannendes Thema für sich. Wenn wir von dieser Partei sowie von den so genannten „Republikanern“ späterer Zeit einmal absehen, dann muss konstatiert werden, dass die hier bislang aufgeführten Beispiele durchaus repräsentativ sind: Der prozentuale Anteil an Alt-Nazis war in der CDU/CSU am höchsten, gefolgt von der FDP. Freilich fanden sich nach 1945 auch in den Reihen der SPD so manche Täter und Ex-Pgs. Beispielhaft genannt sei etwa der erste niedersächsische Ministerpräsident Hinrich Wilhelm Kopf, dessen Verstrickungen in NS-Verbrechen erst jüngst von einer jungen Historikerin aufgedeckt worden sind.

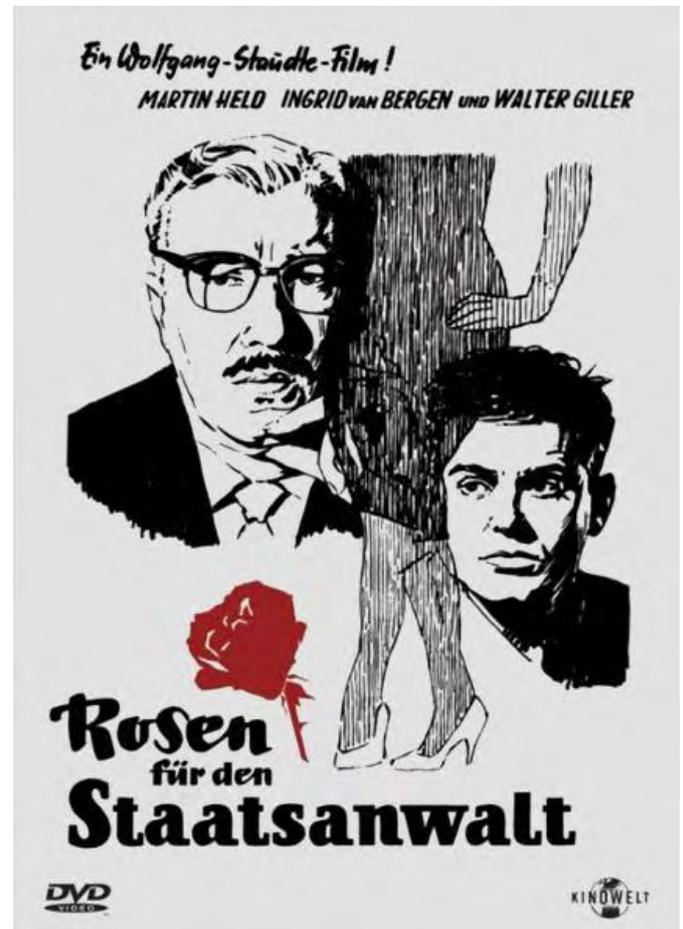
Wegen seines entschiedenen Auftretens gegen die Nazis im Reichstag wie auf der Straße war der spätere SPD-Nachkriegsvorsitzende Kurt Schumacher über ein Jahrzehnt lang in Konzentrationslagern eingekerkert gewesen. Dennoch gab er nach Kriegsende die Parole aus, ehemalige NSDAP-Mitglieder in die Sozialdemokratische Partei wie überhaupt in die demokratische Nachkriegsgesellschaft zu integrieren. Eine Ächtung ehemaliger Nazis – so Schumachers Überzeugung – könne sich die deutsche Gesellschaft schon in Anbetracht deren großer Anzahl nicht leisten. Allerdings verlief die Schamgrenze in der SPD an etwas anderer Stelle als in anderen Gruppierungen und Parteien.

Auch in der deutschen Presse- und Rundfunklandschaft tummelten sich ehemalige NSDAP-Mitglieder und Wehrmachtsoffiziere zuhauf. Dies hat wohlgemerkt nicht nur für die von konservativer Seite dominierten Sender und Blätter, sondern auch für den „Spiegel“ und andere als progressiv einzustufende Medien zu gelten und erklärt – nebenbei bemerkt –, warum dem BND lange Zeit eine gute Presse gesichert war.

Die Liste mit Beispielen ließe sich beliebig fortführen, doch belassen wir es dabei und wenden uns der Frage zu, wie es zu einer derartigen Infiltration kommen konnte und was all diese unseligen Kontinuitäten in der deutschen Nachkriegsgesellschaft bewirkt haben oder vielleicht noch immer bewirken. Die materiellen Kontinuitäten wurden vorhin schon näher beleuchtet. Ich möchte im Folgenden vor allem die politisch-kulturellen Kontinuitäten in den Blick nehmen. Diese Kontinuitäten sind umso erstaunlicher, als 1945 ja zunächst auf lokaler und regionaler Ebene fast ausschließlich so genannte „unbelastete“ Menschen und damit zum größeren Teil dezidierte Nazi-Gegner in öffentliche Ämter und in Entnazifizierungskommissionen einrückten.

Lassen Sie mich zwei Personen einander gegenüberstellen, deren unterschiedliche Schicksale und Nachkriegswege mir als recht symptomatisch für die westdeutsche Nachkriegsgesellschaft erscheinen:

Konrad Adenauer ist 1949 mit einer denkbar knappen Mehrheit zum ersten Kanzler der Bundesrepublik Deutschland gewählt worden. Um ein Haar wäre die Bundestags- und damit auch die Kanzlerwahl anders ausgegangen und die Geschichte dann völlig anders verlaufen. Gleichwohl ist es von hoher Symbolkraft, dass es Adenauer und nicht dessen Antipoden Kurt Schumacher vorbehalten war, die westdeutsche Nachkriegspolitik als Regierungschef zu gestalten. In der Zeit der Weimarer Republik hatte Adenauer – so legen die Quellen nahe – sehr große Sympathien für das faschistische Italien gehegt. In dem falschen Glauben, der Nationalsozialismus sei nur eine deutsche Abart des dortigen Faschismus, hatte er zu denen gehört, die eine politische Einbindung



der NSDAP betrieben hatten. Es sei nicht verschwiegen, dass der Zentrumspolitiker 1933 durch die Nazis an Leib und Leben bedroht war. Davon abgesehen jedoch beschränkte sich seine Konfrontation mit dem NS-Regime darauf, dass er seine Versorgungsansprüche als ehemaliger Kölner Oberbürgermeister durchzusetzen versuchte.

Kurt Schumacher hingegen – es wurde gerade bereits angedeutet – hatte den Nazis vor 1933 im Reichstag die Stirn geboten, war ihnen als Führer des Stuttgarter „Reichsbanners“ aber auch auf der Straße entgegengetreten und hatte dieses mutige und weitsichtige Engagement mit über zehnjähriger KZ-Haft bezahlt.

Ich glaube, dass für die westdeutsche Mehrheitsgesellschaft nach 1945 ein Mensch wie Schumacher an der Spitze der Regierung schlichtweg kaum zu ertragen gewesen wäre. Man wollte einfach nicht ständig ein lebendes Beispiel dafür vor Augen haben, welche ganz realen Möglichkeiten es gegeben hatte, um die NS-Diktatur zu verhindern. In diesem Zusammenhang gilt es sich zu vergegenwärtigen, dass nicht die Nazis selbst es gewesen waren, die dieses System möglich gemacht hatten. Möglich gemacht hatten es vielmehr die vielen Menschen, die vor 1933 ihrem Treiben zugeschaut, geschwiegen, nachgegeben, wo nicht gar taktische Spielchen gespielt hatten, anstatt sich klar gegen die Rechtsextremisten und deren Menschenfeindlichkeit zu wenden.

Der Auschwitz-Überlebende Elie Wiesel hat einmal etwas sehr Kluges geschrieben: „The opposite of love is not hate, it's indifference.“ – zu deutsch: „Der Gegensatz von Liebe ist nicht Hass, sondern Gleichgültigkeit.“ Dieser Satz birgt eine tiefe Wahrheit, denn er zielt eben genau auch auf all diejenigen, die sich nicht bekannnt, die sich dem Weg in die Diktatur nicht entgegengestellt hatten. Nachdem sie unmittelbar nach Kriegsende zunächst in Schlüsselpositionen eingerückt waren, wurden die einstigen Nazi-Gegner im Westen Deutschlands zusehends marginalisiert, ja sogar zunehmend einem Rechtfertigungsdruck ausgesetzt.

Eine Bekannte von mir dachte immer, ihr Großvater sei ein Nazi-Täter gewesen, da über ihn und die NS-Zeit in der Familie immer beharrlich geschwiegen worden war. Diese Frau hat sich neuerdings mit der Aufarbeitung von Häftlingsakten eines Konzentrationslagers zu beschäftigen begonnen und hat ihrer alten Mutter davon berichtet. Auf diese Weise kam zutage, dass der Großvater jahrelang als politischer Häftling im KZ Esterwegen gesessen hatte. Über 70 Jahre lang hatte die Familie darüber aus Scham striktes Stillschweigen bewahrt, und hätte es der Zufall nicht anders gewollt, dann hätte die Mutter das Geheimnis mit ins Grab genommen, statt es noch kurz vor ihrem Tod der Tochter zu offenbaren.

Auch die Enkelin eines der Männer, die am 16. Mai 1933 im Rahmen einer so genannten „Schaufahrt“ von Karlsruhe ins Konzentrationslager Kislau verschleppt wurden, hat berichtet, dass ihr Großvater nach 1945 beharrlich über seine Erlebnisse dort geschwiegen und sich nicht mehr politisch engagiert habe. Auch in diesem Fall lag eine paradoxe Form von Scham zugrunde.

Nachdem im traditionell „roten“ Mannheim von 1928 bis 1933 sowie seit der ersten Direktwahl 1948 stets Sozialdemokraten den Chefsessel im Rathaus bekleidet hatten, traten im Oberbürgermeisterwahlkampf des Jahres 1955 ein von der CDU unterstützter Parteiloser gegen den SPD-Kandidaten und damit zugleich ein ehemaliger Mitarbeiter des Reichssicherheitshauptamts gegen einen ehemaligen KZ-Häftling an. Der damalige Mannheimer SPD-Vorsitzende Jakob

Trumpfheller, der selber in der NS-Zeit mehrfach inhaftiert gewesen war, hatte seine Genossen ebenso ausdrücklich wie vergebens davor gewarnt, im Wahlkampf die SS-Vergangenheit des „bürgerlichen“ Kandidaten zu thematisieren. Mit diesem Argument nämlich – so Trumpfhellers feste Überzeugung – war leider kein Stich zu machen. In der Tat wurde nicht der Nazi-Gegner, sondern der ehemalige SS-Mann zum Stadtoberhaupt gewählt. Hoch geschätzt und allseits beliebt, sollte er dieses Amt insgesamt 16 Jahre lang bekleiden, ohne dass jemals jemand seine Vergangenheit öffentlich thematisiert hätte.

Sogar in der alten badischen Arbeiterhochburg Mannheim also, dessen Einwohner noch bis ins Jahr 1933 hinein – anders als die Karlsruher oder Heidelberger – den Nazis widerstanden hatten und das in der NS-Zeit das badische Widerstandszentrum schlechthin gewesen war, konnte man Mitte der 1950er Jahre, in der Blütezeit der Adenauer'schen „Kanzlerdemokratie“, mit Verweisen auf Verstrickungen in das NS-Regime keinen Eindruck mehr machen. Ganz im Gegenteil wurden die Opfer dieses Regimes im öffentlichen Diskurs nun mehr und mehr zu den eigentlichen Tätern stilisiert.

Viele von Ihnen werden sich noch an die unsäglichen Anspielungen auf Willy Brandts Geburtsnamen „Herbert Frahm“ in den 1960er und 1970er Jahren erinnern. Diese Anwürfe kamen keineswegs nur aus den Reihen der NPD, sondern auch und vor allem aus den Reihen der CDU/CSU. In vollständiger Umkehrung der Fakten bezichtigte man Brandt mehr oder weniger direkt des Vaterlandsverrats – ein Vorwurf, der bekanntlich schon seit Bismarcks Zeiten auf den Sozialdemokraten gelastet hatte. Ausgerechnet Brandt also, der 1933 im Alter von erst 19 Jahren allein und ohne Familie den Weg ins Exil gesucht hatte, um von dort aus gegen das NS-Regime zu kämpfen, sollte der „Vaterlandsverräter“ sein.

Wie der Globke-Biograf Jürgen Bevers vor einigen Jahren herausgearbeitet hat, konnte Adenauers angebräunter Vertrauter im Bundestagswahlkampf 1961 Brandt den „Deal“ abringen, dass die CDU auf das Verdikt „Vaterlandsverrat“ verzichten werde, wenn die SPD umgekehrt Globkes NS-Vergangenheit nicht zum Thema mache. Brandt soll eingewilligt haben. Er wusste, dass es bei einer Auseinandersetzung der skizzierten Art für ihn und die SPD nichts zu gewinnen, aber einiges zu verlieren gab.

Es wurde vorhin zu Recht darauf hingewiesen, dass in der deutschen Nachkriegsgesellschaft bestimmte Begriffe von interessierter politischer Seite instrumentalisiert wurden oder zumindest sehr leichtfertig benutzt wurden und werden. In diesem Zusammenhang fiel der Ausdruck „Mitteldeutschland“. Ich möchte einen weiteren Begriff hinzufügen, nämlich den des „Heimatvertriebenen“. Ich hatte vorhin ja schon die Herren Oberländer und Kraft erwähnt, die als frühe Interessenvertreter der so genannten „Heimatvertriebenen“ fungierten – jener Menschen also, die bei oder nach Kriegsende aus den Ostgebieten vertrieben wurden. Freilich hatten die Nazis den ersten Heimatvertriebenen ihrer Geschichte bereits 13 Jahre zuvor hervorgebracht: den Heidelberger Statistikdozenten Emil Julius Gumbel.

Mit größter Beharrlichkeit hatte Gumbel in der Weimarer Republik mit den Mitteln seines Berufes aufzuzeigen versucht, wo diejenigen, die im Reich politisch motivierte Gewalttaten begingen, zu verorten waren: nämlich in mehr als 90 Prozent der Fälle am äußersten rechten Rand. Und er hat ebenfalls errechnet, wie die von ihnen begangenen Morde von der deutschen Justiz geahndet wurden: nämlich mit einer durchschnittlichen Haftdauer von ganzen vier Monaten.



Emil Julius Gumbel
Quelle: Archiv Uni Heidelberg

Vier Monate Haft für einen Mord – mehr schien den Richtern das Leben der gemeuchelten Kommunisten, Anarchisten und Sozialdemokraten offenbar nicht wert.

Für seinen Mut, diese Zustände klar zu benennen und sie öffentlich anzuprangern, wurde Gumbel beschimpft, verfemt und bedroht und musste Deutschland schon 1932 unter Lebensgefahr verlassen. 1933 sollten ihm viele Tausend weitere Nazi-Gegner in eine Fremde nachfolgen, die sich oftmals als abweisend und feindselig darstellte. Interessanterweise ist indes bis heute, wenn von „Heimatvertriebenen“ gesprochen wird, nie auch von diesen Menschen, sondern ausschließlich von jenen die Rede, die bei Kriegsende vertrieben wurden – völlig unabhängig von der Frage, ob es sich im Einzelnen um wirkliche Opfer der politischen Umstände oder um Nazi-Täter handelte.

Wirkt die „Braunfäule“ noch immer nach? Ich sehe hier im Saal eine Reihe von Mistreitern und Mitstreiterinnen aus dem Verein „LernOrt Zivilcourage“, mit denen ich am Freitag vergangener Woche eine Vortragsveranstaltung zum badischen Widerstand bestritten habe. Wir waren an diesem Abend mit recht denkwürdigen Diskussionsbeiträgen einiger älterer Herren aus dem Publikum konfrontiert, die offensichtlich größte Angst um das Erbe ihrer in die Untaten des NS-Regimes verstrickten Väter und Großväter hegten – und dies, obwohl die Täterseite gar nicht Gegenstand der Veranstaltung gewesen war. Ich denke, dass genau hier auch der Schlüssel zum Umgang mit dem „braunen Erbe“ zu suchen ist:

Fast 70 Jahre nach Kriegsende sind viele Menschen noch immer so von der Scham ihrer Eltern über Getanes oder Unterlassenes oder umgekehrt auch von der Scham über ihre Eltern, ihre Taten und Unterlassungen geprägt. Diese Scham setzt sich – ob bewusst oder unbewusst – in modifizierter Art bis in die dritte und vierte Generation fort, und das sogar bei den Nachkommen derer, die vor 1945 auf der richtigen Seite gestanden hatten. Verdrängte und vererbte Ängste finden sich bei den Nachfahren von Tätern wie von Verfolgten, bei den damaligen Kriegskindern und vielen anderen mehr. Im bewussten oder unbewussten Bemühen, die so geliebten Väter und Großväter nicht zu verraten, werden noch heute zum Teil Rechtfertigungsstrategien abwegigster Art angewandt.

Die „Braunfäule“, von der ich eingangs gesprochen habe, sie wirkt immer noch nach. Doch wir haben jetzt, da mit Erich Priebke und Konsorten die letzten Täter von der Bühne abtreten, vielleicht die Chance, dass eine dritte, vierte Generation, die die „geliebten Täter“ aus der eigenen Familie gar nicht mehr persönlich erlebt hat, freier über diese Themen sprechen kann und sich vieles heute einfacher vermitteln und durchsetzen lässt als noch vor zehn Jahren.

Ich wünsche mir, dass wir diese Chance nach Kräften nutzen – als Vorbeugung gegen einen neuerlichen Braunfäule-Befall.

VII. Plutonium-Politik und Atomwaffen

Joachim Radkau

Bin vom hohen Norden angereist gekommen, möchte Sie herzlich begrüßen und mich für die Einladung bedanken. Ich darf gleich in aller Bescheidenheit darauf hinweisen, dass ich vor 14 Tagen eine Biografie von Theodor Heuss veröffentlicht habe. Und Theodor Heuss sagte, er habe drei negative Hobbies – die ersten beiden lasse ich mal aus, und das dritte wäre, dass er nichts mit Krieg zu tun haben wollte und trotz Adenauers Drängen dem Industriellen Friedrich Flick nicht das Bundesverdienstkreuz überreichen wollte. Andere drängelten immer wieder darauf, aber da hat sich Theodor Heuss standhaft geweigert.

So, aber jetzt einen Sprung zu meinem Thema, Plutonium, Politik und Atomwaffen, eben mit besonderer Berücksichtigung der Kontinuitäten, die von der NS-Zeit herüber reichen. Denn es ist ja allen bewusst - ehemalige Nazis in der Bundesrepublik - ein sehr diffuses Thema, aber hier können wir mal dieses Thema auf etwas begrenzterem Raum verfolgen und auch die Frage stellen, was das zu bedeuten hat. Ich möchte mal schon vorweg schicken, dieses Thema ist nicht so ganz einfach zu erledigen mit ein paar Sprüchen, es ist ein kompliziertes Thema.

Das elementare Faktum ist zunächst dies, dass eine direkte Kontinuität besteht von dem sogenannten Uran-Verein des 2. Weltkrieges, der dem NS-Regime eine Atombombe bauen sollte, zu den Anfängen der friedlichen Kernenergie-Entwicklung in den 50er Jahren. Und diese direkte Kontinuität verläuft über das ganze Netzwerk um Werner Heisenberg herum. Ich habe das aufgrund einer persönlichen Beziehung zu den Heisenberg-Weizsäcker-Plänen anhand der Korrespondenzen zitieren können. Die große Frage ist eben, was hat das zu bedeuten, inwieweit war das ein Nazi-Netzwerk oder vielleicht etwas ganz anderes.

Eine große Ironie der Geschichte besteht nun darin, dass ausgerechnet Robert Jungk, der ja später mit seinem Buch „Atomstaat“ 1977 die heftigste Polemik gegen die Atomlobby geführt hat, dass er in den 50er Jahren in seinem Buch „Heller als tausend Sonnen“ diesen ganzen Heisenberg-Weizsäcker-Kreis zu geheimen passiven Widerständlern hochgejubelt hat. Ich habe schon damals vor 35 und noch mehr Jahren in den Akten entdeckt, dass das absurd ist. Ich verstehe auch heute noch nicht, wie der "der gute Robert Jungk" so etwas glauben konnte. Heisenberg selber bzw. seine Witwe erzählte, das war geradezu peinlich, denn jeder Insider wusste, dass es völlig ungläubwürdig ist, dass er ein geheimer Widerständler gewesen sein sollte.



Und auch Otto Haxel, der langjährige Technische Leiter des Kernforschungszentrums Karlsruhe, - habe schon eine ganze Menge alter Insider aus dem Kernforschungszentrum hier gesehen - hat mir einmal versichert, bis Kriegsende habe Heisenberg nicht glauben wollen, dass die Nazis Juden umgebracht hätten. Ich wagte zuerst gar nicht, das zu publizieren. Ich dachte, dieser kluge Mann mit so vielen Beziehungen, so naiv kann er doch nicht gewesen sein. Noch vor zwei Wochen habe ich einen emeritierten Physiker-Kollegen gefragt, der aus dieser Ecke kommt. Aber auch er meinte, dass das durchaus möglich ist. Schon Max Weber hat einmal gesagt, gerade zu einem leidenschaftlichen Wissenschaftler gehören große Scheuklappen. Und dafür geben eine ganze Reihe führender Atomforscher das beste Beispiel. Womit ich keineswegs sagen will, dass die Leute dumm waren oder dass sie schlechte Menschen waren. Das sollte man auf keinen Fall durcheinander werfen.

Es ist also eindeutig, in der ersten Hälfte der 50er Jahre liefen alle Fäden der späteren Atompolitik bei Heisenberg zusammen. Auch wenn Adenauer sich informieren wollte, schrieb er an Heisenberg. Es ist interessant – das ist mir jetzt erst aufgefallen, als ich mich für diesen Vortrag vorbereitete – Heisenberg hätte sich doch eigentlich fragen müssen, was interessiert Adenauer eigentlich an der Kerntechnik.

Aber bei diesem Briefwechsel war das Thema „Bombe“ tabu, obwohl damals die Bombe unausgesprochen stets im Raum stand. Denn Sie dürfen nicht vergessen, fast die ganzen 50er Jahre hindurch war eigentlich die einzige Realität, die zeigte, dass es die Kernkraft wirklich gibt, die Atombombe. Zivile Kernreaktoren gab es noch kaum. Wenn man genau hinguckt, waren es nur Anhängsel der Militär-Apparate.

Nun, jetzt kommt aber der nächste Akt. Heisenberg hat sich eingebildet, er würde der große Mann der Kernentwicklung werden, und das Kernforschungszentrum würde nach München kommen, weil er dort seine Professur hatte, und er würde alles unter sich haben, und Adenauer würde ihm auch ein Stück von seiner Richtlinienkompetenz abtreten. Darin hat er sich aber total getäuscht. Adenauer verlegte das Kernforschungszentrum, wie Sie wissen, nach Karlsruhe. Heisenberg, tief gekränkt, persönlich beleidigt darüber, ist Adenauer gegenüber immer misstrauischer geworden und hat sich dann, wenn auch nach einigem Zögern, dazu bewegen lassen, das Göttinger Manifest vom April 1957 gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr zu unterzeichnen.

Nun, das führt uns zu einem anderen Thema, auf das ich in den 70er Jahren, als ich anfing, mich als junger Assistent für die Atomgeschichte zu interessieren, als erstes geflogen bin, den Schwerwasserreaktor-Typ. Ich will mich jetzt nicht in gigantischen Details der Physik verlieren. Sie kennen das ja alles.

Es gibt zwei Wege, um an waffenfähigen Spaltstoff heranzukommen. Erstens: Reaktoren, wie optimal Schwerwasserreaktoren, die eine relativ hohe Plutonium-Ausbeute haben, das abgetrennt werden kann. Zweitens: Urananreicherung durch Isotopen-Trennanlagen. Damals im 2. Weltkrieg erschien der erste Weg als sehr viel einfacher und billiger. Die USA übrigens, die sich alles leisten konnten, haben beide Wege gleichzeitig verfolgt. Also im 2. Weltkrieg ist an einem Schwerwasserreaktor mit Uran gearbeitet worden, und diese Schwerwasserreaktor-Pläne kommen in den 50er Jahren auch wieder hoch, stehen zunächst im Mittelpunkt der frühen Bonner Kernenergie-Politik.

Heisenbergs Schwager Wolfgang Finkelburg wird Leiter der Siemens-Reaktorabteilung und propagiert dort mit größter Leidenschaft den Schwerwasserreaktor. Das Gleiche gilt für die von Léon

Gruenbaum bezeichnete „Graue Eminenz“ der Bonner Atompolitik, Karl Winnacker, den Chef der Farbwerke Hoechst. So ein richtiger alter IG-Farben-Mann, der in jungen Jahren in Hannover als Student Demonstrationen gegen Theodor Lessing angeführt hatte, den später die Nazis ermordeten.

Und da taucht auch Walther Schnurr auf, auf den bin ich erst neu aufmerksam geworden, Herr Schulze, erst durch Ihre Mails. Um den hätte man sich mehr kümmern sollen. Nur ich musste mich dann an meine Habilitationsschrift an der Uni Bielefeld machen, der Hochburg der Geschichtstheorie und Sozialgeschichte, da war es nicht möglich, mich zu sehr in Personengeschichten zu vertiefen.

Also Walther Schnurr, eine sehr interessante Gestalt, in der Nazizeit ein führender Sprengstofftechniker bei der Dynamit AG, dann wie so mancher mit brauner Weste nach Argentinien gegangen. Er kam dann in der 2. Hälfte der 50er Jahre wieder zurück, zunächst ins Atomministerium, dann ins Kernforschungszentrum Karlsruhe.



Geschäftsführer-Trio: Rudolf Greinfeld, Walther Schnurr und Josef Brandl (v.l.) Quelle: junge Welt 23.10.2008
Reimar Paul "Altnazis schoben BRD-Atomprogramm mit an"

Walter Schnurr gab die Parole aus - ist so auch in der Neufassung als Kapitelüberschrift übernommen worden - „Natururan steht auf unserer Fahne“. Also die Schwerwasserreaktoren brauchten eben nicht die damals extrem aufwändige Isotopen-Trennanlage, sie konnten auf Natururan-Basis betrieben werden. Das bedeutete Unabhängigkeit der deutschen Kernenergieentwicklung von den USA. Das war auch ein Punkt, der mich am Anfang total verblüffte, als ich mit mehr Glück als Verstand an die Akten herangelassen wurde, wie stark hinter den Kulissen auch autarkistische Interessen waren.

Also nach außen hin war es natürlich üblich, bei jeder Gelegenheit Verneigungen gegenüber den USA zu machen und die freundlichen Beziehungen zu den Amerikanern zu pflegen, intern dagegen war man noch so ganz im alten IG-Farben-Stil sehr darauf bedacht, so weit wie möglich von den Amerikanern unabhängig zu bleiben bzw. wieder unabhängig zu werden.

Das was unter den Nachkriegsbedingungen gar nicht so einfach. Und diese Natururan-Schwerwasserreaktorlinie verhieß die Unabhängigkeit von den USA. Und sie hatte noch einen anderen Nebeneffekt, sie war attraktiv als Exportprodukt für alle solche Länder in der Welt, die auch selber unabhängig von den USA werden oder bleiben wollten und zugleich auch mit atomarem Waffenbau liebäugelten.

Historisch, das geht auch aus den Unterlagen hervor, ist Schurr ein entscheidender Mittelsmann gewesen, für den ersten Exportauftrag der deutschen Reaktorindustrie nach Atucha in Argentinien. Noch unter dem Diktator Peron, das wurde damals sehr gefeiert, obwohl dieser Exportauftrag nur unter massiver Bundeshilfe erreicht worden und im Grunde ein Scheinerfolg war.

Übrigens, ich habe dieses Mal die neue Fassung genommen, sie beruht zum größeren Teil aus meinem alten Schinken von 1983, der schon völlig zerfleddert ist vom vielen Lesen, darin sind

auch die Anmerkungen, die bei der Neufassung weggefallen sind. Dabei fiel mir ein späteres Zitat eines führenden Managers des Kernforschungszentrums Karlsruhe auf - das ich ohne Namensnennung anführen möchte - mit ziemlich detaillierten Anweisungen, wie man Karlsruhe abschotten sollte, ein Zitat, dass auf Walther Schnurr zurück ging. Das ist umso bemerkenswerter, als die nukleare Frühzeit in der Bundesrepublik – und das ist auch für mich überraschend – an sich von einer relativen Offenheit gekennzeichnet war. Es wurde teilweise noch relativ offen gesprochen über den engen Zusammenhang von ziviler und militärischer Nukleartechnik, Es wurde teilweise noch relativ offen über das extreme Risiko der Kerntechnik gesprochen. Erst in den späten 60er Jahren, als die Milliarden getätigt waren, gingen die Jalousien runter und setzten sich Sprachregelungen durch.

Nun ist aber eine interessante Frage, wie diese Kontinuitäten mit alten Nazis oder - auch wenn sie nicht ausdrücklich der Partei angehörten, in hohen Funktionen waren - in den späten 50er, 60er zusammenlaufen, und dann zum Teil doch wieder auseinander. Walter Schnurr, das konnte ich eben auch nur aus den internen Akten entnehmen, offen nie gesagt, stand in Spannung zur Adenauer/Strauß-Politik, wie übrigens auch ein erheblicher Teil der Industrie. Für Adenauer hatte ja das westliche Bündnis, auch EWG und Euratom, höchste Priorität. Ein erheblicher Teil der Industrie liebäugelte dagegen mit ganz anderen Weltgegenden. Damals wurden auch z.T. Exportmöglichkeiten mit Teilen der Dritten Welt weit überschätzt und außerdem gab es folgendes Kalkül: 1. die Konkurrenz von USA und Sowjetunion ist natürlich viel härter als die mit der Dritten Welt. 2. Noch vieles von der früheren Kriegsgegnerschaft war übrig geblieben, während Lateinamerika und der Nahe Osten bis Indien - dort haben sich die Deutschen durch den 2. Weltkrieg ja keineswegs unbeliebt gemacht, ganz im Gegenteil - da sind die großen Exportchancen, da kann die BRD auch von der Dekolonisation profitieren.

Aber das stand in innerer Spannung zur Adenauer-Politik, das merkt man erst hinter den Kulissen. Ich habe früher, also vor 30, 35, 40 Jahren, auch noch viele Gespräche gehabt mit den alten Hasen aus den 50er, 60er Jahren, die mir menschlich z.T. gar nicht so schlecht gefallen haben, man darf sich die nicht alle als Zonis vorstellen, das wäre naiv, das sind z.T. interessante Lebenserinnerungen. Vor allem hatte ich interessante Gespräche mit Wolfgang Finke, einem langjährigen Mitglied des Bundesatomministeriums. Der sagte, innerhalb des Atomministeriums und auch in Karlsruhe hätte es zwei Fraktionen gegeben, die eine nannte er spöttisch die „teutonische Fraktion“, die wie Walther Schnurr ganz stark betonte, wir Deutschen müssten sehen, dass wir unabhängig sind und Exportchancen haben in die Länder, die genauso unabhängig bleiben wollen von den USA und die auch auf relativ leichte Weise an Plutonium herankommen wollten. Während die andere Fraktion, Wolfgang Finke selber, ganz stark an den USA und den Leichtwasserreaktoren orientiert waren, die sich dann auch durchgesetzt haben.

Es gab indes – um nochmals die Kontinuität aus der Nazizeit aufzugreifen, die „bräunste Gruppe“, die nationalsozialistische Gruppe, die am meisten vom Nazi-Geist erfüllt war, dem Geist des Uranvereins. Die haben dann in den 50er Jahren wieder einen anderen Weg verfolgt und waren Begründer des Kernforschungszentrums Geesthacht südöstlich von Hamburg und haben sich auf die Schiffsreaktorentwicklung verlegt. Aber die hat sich als totale Sackgasse erwiesen. Diese Kontinuitäten aus der Nazizeit haben sich zum Teil nicht gebündelt, sondern sind auseinandergefallen und in Sackgassen hineingelaufen. Wie man diese Schwerwasserreaktorentwicklung bewertet, ist ein schwieriges Problem für sich. Sie war ein relativ direkter Weg zu waffenfähigem Plutonium, man kann aber auch theoretisch vernünftige gute Gründe dafür anführen.

Ich habe damals vor 35 Jahren viele Gespräche mit Siegfried Balke gehabt, Bundesatomminister von 1956 bis 1962. Wir hatten zu einem vertraulichen Verhältnis gefunden. Ich durfte in all seinen Papieren stöbern, auch in Zetteln über Telefonate mit Franz Josef Strauß, der unzufrieden knurrte. Er möchte mehr Kontakt zum Atomministerium haben. Balke pflegte diesen Kontakt nicht wie gewünscht. Ein interessanter Fall: Balke war nach den Nürnberger Gesetzen Halbjude, er hatte deswegen in der Nazizeit manches durchgemacht, auch wenn er nicht wirklich gefährdet war. Auf der einen Seite stand er einem Mann wie Winnacker nahe, so einem alten „Gefahren“mann. Auf der anderen Seite war immer so eine gewisse Aggression und Distanz da. Er ärgerte sich, dass in der Industrie noch so alte Kameraderien aus der Zeit von Albert Speers rüstungswirtschaftlichem Apparat fortlebten. Balke erzählte mir, dass sich bei dieser alten Garde von Speer, versammelt in einem Klub „Mars und Merkur“ - Gott des Krieges und Gott des Handels - aus dem Balke ausgeschlossen war, Leute aus Speers Rüstungsapparat getroffen hätten.

Balke selber begrüßte das Göttinger Manifest und wurde dafür von Adenauer mit Nichtachtung gestraft. Je mehr ich mit diesen alten Hasen Gespräche führte, umso mehr merkte ich auch, was es da alles für latente Spannungen gab. Man darf sich nicht alles wie eine geschlossene Community vorstellen, wie sie manchmal gern nach außen auftrat. Aber ich bin darauf gekommen, dass die Waffenoption unausgesprochen ständig im Raum stand bei der doch angeblich so friedlichen und zivilen Kernpolitik.

Balke erzählte mir zum Beispiel, er wäre beim Schah von Persien gewesen als Atomminister. Ich stellte mich naiv und fragte: Ach, der Schah, der hat doch so viel Öl, was braucht der Kernenergie. Ach, sagte Balke lächelnd, der hat sich natürlich nur für die Waffenoption interessiert. Diese Waffenoption stand unausgesprochen immer im Raum, das war ziemlich deutlich. Ich habe damals aller Vorsicht - ich musste sehr vorsichtig sein wegen einer eher feindselig gesonnenen Fakultät - die bombentechnischen Hintergedanken der frühen bundesdeutschen Kernenergieentwicklung zu rekonstruieren versucht.

Da spielt auch gerade das Kernforschungszentrum Karlsruhe eine Rolle, das Transurane-Institut, das eigentlich Plutonium-Institut heißen sollte, und der MZFR, der Mehrzweck-Forschungsreaktor, welchen Zweck hat der eigentlich, zu Forschungszwecken nicht zu gebrauchen? Inzwischen ist mein damaliger Verdacht in verblüffendem Maße bestätigt worden, sogar noch mehr, als ich erwartet hatte. Was mich total verblüffte, es ist später herausgekommen – jetzt bei Hans Peter Schwarz u.a. nachzulesen – dass im Herbst 1956 Adenauer, der immer bei gewissen amerikanischen Rückzugsplänen aus Mitteleuropa in Panik geriet, allen Ernstes eine eigene bundesdeutsche Atombombenproduktion anstrebte. 1957 trat dann EURATOM in Kraft, und es gab zeitweise eine deutsch-französische Zusammenarbeit beim Bau der französischen Atombombe. Als de Gaulle 1958 an die Macht kam, hat er allerdings diese Zusammenarbeit gleich wieder beendet. Er wollte seine Bombe ganz allein bauen trotz Umarmung mit Adenauer.

Andererseits, auf unterer Ebene, ich glaube, das war das Transurane-Institut, hat die Zusammenarbeit doch fortgedauert. In einschlägigen Kreisen hatte EURATOM, die europäische Atomgemeinschaft, den Spitznamen „Gemeinschaft zum friedlichen Bau einer französischen Atombombe“. Es ist nur interessant, dass Heisenberg, der gewissermaßen der Gründervater der bundesdeutschen Kernenergieentwicklung war, gegenüber Karlsruhe immer misstrauischer wurde. Zuerst, weil er einfach gekränkt war, dass das nicht nach München zu ihm kommt und er nicht der große Mann war. Dann auch aus anderen Gründen.

Ich habe mich mehrere Abende lang mit seiner Witwe, Elisabeth Heisenberg unterhalten. Sie hat ihre Memoiren geschrieben. Obwohl sie ihren Mann liebte, stand sie ihm in mancher Hinsicht auch mit Distanz gegenüber. Denn sie hatte einen Bruder, Ernst Fritz Schuhmacher, der 1936 nach England emigriert war und in den frühen 70er Jahren mit seinem Buch „Small is beautiful“ zum Guru der britischen Umweltbewegung wurde.

Sie schätzte ihren Mann also nicht unkri- über. Stoff für einen

Auf jeden Fall – das fest von 1957 - enthält einem Nachsatz die dass die unterzeichne- ker auf keinen Fall sich an einer atomaren lung zu beteiligen. Aber Heisenberg versicherte ihren Mann eigentlich Satz gewesen, der da angehängt war, und er gegenüber dem Kernfor- trum ein tiefes Miss- ob dort wirklich alles

Dingen zugehe und nicht doch eine Waffenentwicklung vorbereitet würde. Eben auch, weil sich Karlsruhe nach außen derart abschottete.

Dann ist ja auch von der Presse enthüllt worden, es bezeichne sich als Forschungszentrum, aber es herrsche kein Geist freier Forschung, man blickte von außen nicht durch, es war ein extrem hierarchischer Betrieb. Etwas hierarchisch sind bekanntlich alle Unis, aber im Forschungszentrum war das wohl ziemlich extrem. Und da möchte ich noch kurz – ach, man könnte doch immer einen ganzen Roman schreiben – eine andere, für mich hochinteressante Begegnung berichten, ich weiß nicht, inwieweit den hier Anwesenden Kurt Ruzinski noch ein Begriff ist (Publikum: natürlich bekannt) – in den 60er Jahren gab es nur eine überregionale Zeitung, die Karlsruhe scharf aufs Korn nahm, und das war erstaunlicherweise weder SPIEGEL noch ZEIT, sondern das war die Frankfurter Allgemeine. Denn Sie wissen, wenn Sie in die 50er / 60er Jahre gehen, müssen Sie die Konstellation der 70er / 80er völlig umdenken. In den 50er / 60er Jahren galt es als fortschritt- lich, als links, die Kernenergie noch schneller voran zu puschen als die Bundesregierung das tat. Noch 1967 hat Erhard Eppler die Bundesregierung kritisiert, dass sie den Schnellen Brüter nicht genug voran puschte. Oder lesen Sie im „Prinzip Hoffnung“ des Philosophen Ernst Bloch, des geistigen Ziehvaters von Rudi Dutschke, wie der vom friedlichen Atom schwärmte. Das ist noch schlimmer als die ganze Atompropaganda jener Zeit. Da denkt man heute, also lieber Ernst Bloch, hast du da einen joint geraucht, als du das geschrieben hast.

Und Rudzinski, der hat also einen siebenjährigen Kampf geführt gegen die Brüterentwicklung im Kernforschungszentrum Karlsruhe, zunächst nur gegen einen ganz bestimmten Brütertyp, den

Das "Göttinger Manifest" der 18 Atomwissenschaftler vom 12. April 1957 (Schlussätze)

„Jedenfalls wäre keiner der Unterzeichnenden bereit, sich an der Herstellung, der Erprobung oder dem Einsatz von Atomwaffen in irgendeiner Weise zu beteiligen. Gleichzeitig betonen wir, daß es äußerst wichtig ist, die friedliche Verwendung der Atomenergie mit allen Mitteln zu fördern, und wir wollen an dieser Aufgabe wie bisher mitwirken.“

Fritz Bopp, Max Born, Rudolf Fleischmann, Walther Gerlach, Otto Hahn, Otto Haxel, Werner Heisenberg, Hans Kopfermann, Max v. Laue, Heinz Maier-Leibnitz, Josef Mattauch, Friedrich-Adolf Paneth, Wolfgang Pauli, Wolfgang Riezler, Fritz Straßmann, Wilhelm Walcher, Carl Friedrich Frhr. v. Weizsäcker, Karl Wirtz

Bruder sehr. Sie in mancher Hin- tisch gegen- ganzen Roman.

Göttinger Mani- nur noch in Bemerkung, ten Atomphysi- bereit wären, Waffenentwick- Elisabeth mir, das sei für der wichtigste nur so am Rand hätte stets ge- schungszen- trauen behalten, mit rechten

Natrium-Brüter, der dann auch bei Kalkar gebaut worden ist, er hatte da so Whistleblowers wie Ritz, die alternative Brüterkonzepte vertraten, die aus Rudzinskis nicht ganz unanfechtbarer Sicht besser gewesen wären. Das weitete sich immer mehr zu einem Kampf gegen die Kernforschungs-entwicklung insgesamt aus. Ich habe mit ihm auch ein ganz interessantes Gespräch über den „Atomstaat“ von Robert Jungk geführt. Also ich muss gestehen, ich habe das Buch eigentlich nie gemocht und ich möchte doch etwas warnen, es zu sehr als einen heiligen Text zu lesen. Es ist nicht ganz zuverlässig und Carl Friedrich von Weizsäcker, der früher von Robert Jungk sehr umworben wurde, hat einmal an die ZEIT einen Leserbrief geschrieben: alle Stories, die Robert Jungk präsentierte, soweit er das jetzt überprüfen könne, wären entweder falsch oder nur halb wahr.

Aber Kurt Rudzinski hat gesagt, zumindest diese Karlsruher Geschichten wären ja auch von Gruenbaum übergreifend berichtet worden und sehr ernst zu nehmen. Die eigentliche Karlsruher Führungsgestalt bei der ganzen Brüter-Entwicklung war Wolf Häfele, der als Scharlatan bezeichnet wurde. Ein mir befreundeter SPD-Politiker, Reinhard Überhorst, der Häfele zu gut kennt, meint: man müsse mit ihm nicht global, sondern interstellar reden. Ich glaube, im Grunde verstand er gar nicht so viel von Reaktortechnik. Ich habe ihn als Historiker sogar mal über Details seines Brüters belehrt. Er war ein suggestiver Redner und ich hatte an sich recht freundliche Beziehungen zu seinem Konkurrenten, Rudolf Schulbruch vom Atomreaktor KFA Jülich. Dessen Frau sagte ziemlich erbittert, Häfele sei der Adolf Hitler der ganzen Nuklear-Community gewesen. Womit aber nicht gesagt ist, dass Häfeles Nazi-Vergangenheit eine besondere Rolle gespielt hätte.

Ich komme jetzt zu meinem Schlusspunkt, was mich aber an alledem am meisten überraschte. Obwohl eigentlich die ganzen Gründerväter - Frauen waren ja nicht dabei - obwohl die eigentlich alle eng zusammen hingen, alle aus dem gleichen Klüngel kamen, hat mich doch überrascht, als ich an die Akten herankam, dieser eklatante Mangel an dauerhafter einheitlicher Steuerung der Kernenergieentwicklung. Die deutsche Atomkommission, das große Superhirn? Ein zusammen-gewürfelter Haufen, der niemals vermocht hat, die Entwicklung wirklich zu steuern. Auch die Atomprogramme waren im Grunde bloßes Papier.

Den Kernforschungszentren ist in keiner Weise eine reale Entwicklung gelungen. Sämtliche Reaktortypen, die in den Kernforschungszentren entwickelt worden sind, sind Flops geworden. Kein einziger ist industriell verwirklicht worden. Aus der ursprünglichen Intention „Natururan auf unserer Fahne“ ist also überhaupt nichts geworden. Deswegen würde ich schon sagen, man sollte die ganze bundesdeutsche Entwicklung auch nicht zu negativ sehen. Denn gerade, dass diese atomare Community in Wirklichkeit gar nicht so eng zusammen hing, im Grunde ein recht chaotischer Haufen war, gerade da sehe ich heute auch im internationalen Vergleich die besondere Chance der Anti-AKW-Bewegung. In solchen Ländern wie in Frankreich oder wie in Japan würde ich die Pointe ganz anders setzen als Robert Jungk. Gerade deswegen, weil die Bundesrepublik Gott sei Dank niemals ein Atomstaat geworden ist, hat am Ende über längere Zeit diese Gegenbewegung doch diesen erstaunlichen Erfolg gehabt.

Ich danke Ihnen.

VIII. Lernen aus der Geschichte

Nadja Brachmann

Über das bewusste Hinsehen

Jetzt haben wir etwas die Geschichte betrachtet, ich will ein bisschen mehr den Blick auf die Zukunft richten.

Lernen aus der Geschichte wird von vielen Menschen missverstanden als Mahnung. Natürlich ist es auch eine Mahnung, aber für mich ist es vor allem eine Chance. Eine Chance, die wir haben, aus vergangenen Fehlern zu lernen und diese nicht mehr zu wiederholen. Vor allem können wir lernen, dass auch ein einzelner Mensch viel bewegen kann. Was ich immer sehr erschreckend finde in der heutigen Zeit, sind Stammtischparolen, die nicht mehr nur im geschlossenen Kreise am Stammtisch, sondern laut hier durch die Straßen getragen werden. Dinge wie „Das ist doch jetzt schon so lange her!“, „Könnt ihr die Vergangenheit nicht mal ruhen lassen?“. Doch die Frage ist: Ist diese Zeit schon so lange her? Wenn wir noch nicht einmal wir unsere Geschichte aufgearbeitet haben? Wenn Menschen wie Greifeld immer noch Ehrensensoren von Universitäten sind?

Dazu kommt der Spruch „Wir sollen doch endlich in die Zukunft blicken.“ Deutschland soll endlich in die Zukunft blicken. Doch natürlich kann man auch in die Zukunft blicken, wenn die Vergangenheit beachtet wird. Man kann meiner Meinung nach sogar nur in die Zukunft blicken, wenn die Vergangenheit beachtet wird. Wir können die Gegenwart analysieren, um zu überlegen, wie geht es in Zukunft weiter? Und gerade, wenn gesagt wird: „In Deutschland wird so etwas nie wieder passieren.“ Oder allgemein, so etwas Schlimmes wie die Nazis wird auf der Welt nie wieder passieren. In Ungarn werden momentan Roma und Sinti in Ghettos gebracht, aus denen sie nicht herausdürfen und in denen menschenunwürdige Bedingungen herrschen. Letzten Sommer, als es eine riesige Hitzewelle gab, hat die ungarische Regierung diesen Menschen das Wasser abgestellt, weil sie ihre Rechnung nicht bezahlen konnten. Bei 40°C im Schatten, nicht einmal für die Kinder Wasser. In Deutschland wird Angst geschürt, genau vor diesen Menschen. Armuts- einwanderung: „Sie kommen hierher und werden schmarotzen“. Das ist es, was wir in den Medien gesagt bekommen. Und genau diese Berichterstattung führt dazu, dass Parteien wie die AfD, die sogenannte „Alternative für Deutschland“, fast die 5%-Hürde geknackt hat. Viele Menschen sind der Meinung, diese Partei wäre nicht rechts. Schaut man sich diese Menschen an und was sie politisch von sich geben: Sie sind nicht rechts – sie sind rechtsextrem! Das sind Nazis in Nadelstreifen. Unter dem Deckmantel von Professorenschaft und Dokortitel verbreiten sie die Ideologie, die - wie wir alle eigentlich dachten - in Deutschland nie wieder aufkommen würde - noch kein Jahrhundert später.

In Lampedusa sterben momentan Menschen. Menschen, die es in Kauf nehmen, zu sterben, weil sie ihrem Elend entrinnen wollen. Und was macht Europa? Es schottet sich ab. Wir lassen diese Menschen nicht allein, Menschen, die es unter widrigsten Umständen hierher geschafft haben; wir schicken sie zurück, teilweise mit 5.000 € Strafe. Das ist ein Absurdum allerersten Grades.

Gehen wir auf ein anderes Thema über: Das Kernforschungszentrum Karlsruhe durfte damals nukleare Forschung betreiben – weil es die Zivilklausel bekommen hat. Weil die Alliierten Angst hatten, ansonsten könne die Atombombe weiterentwickelt werden. Diese Zivilklausel hat dazu geführt, dass kritische Forschungsfragen offen diskutiert wurden, dass die Gesellschaft sich damit auseinandersetzte „Was wird geforscht und wollen wir das?“.

Als 2008 das Kernforschungszentrum mit der Universität Karlsruhe fusionierte, wollten wir die Zivilklausel auf das gesamte KIT erweitern. Man hat uns Steine in den Weg gelegt, man hat es ad absurdum führen wollen. Man hat gesagt, eine Zivilklausel könne nicht funktionieren. Doch es hat jahrzehntelang, zwar nicht ganz problemlos, aber es gab eine funktionierende Zivilklausel. Und zwar deshalb, weil es Menschen gab, die sich dafür einsetzten. Die nachgeschaut haben, was was wird bei uns geforscht? Die in kritischen Fällen aufgestanden sind und gesagt haben:

Deine Meinung zählt! Jetzt abstimmen!

Das Studierendenparlament hat beschlossen, eine Urabstimmung zur Zivilklausel an der Universität Karlsruhe durchzuführen. Damit ist jedeR Studierende aufgefordert, sich zu dieser **richtungweisenden Frage** zu äußern. Der Abstimmungstext lautet:

In das Gesetz für das Karlsruhe Institute of Technology (KIT) soll die Bestimmung aufgenommen werden

„Das KIT verfolgt nur friedliche Zwecke.“

Frieden und freie Forschung
JA zur Zivilklausel am KIT

Urabstimmung 19. bis 23. Januar in der Mensa und Deiner Fachschaft

Wortlaut der zwei Fragen bei der Urabstimmung:

I. In das Gesetz für das Karlsruhe Institute of Technology (KIT) soll die Bestimmung aufgenommen werden "Das KIT verfolgt nur friedliche Zwecke." JA / NEIN / Enth.

II. Wenn es die Formulierung "Das KIT verfolgt nur friedliche Zwecke." in der Grundordnung bzw. dem Gesetz des KIT gibt, sollte es dann dem Senat gestattet sein, einstimmig über die Genehmigung strittiger Fälle zu befinden? JA / NEIN / Enth.

„Darüber will ich aber diskutieren, das sehe ich nämlich nicht so!“ Und dann hat man sich zusammengesetzt und hat diskutiert und hat überlegt, was bringt es der Gesellschaft, was ihr da forschen wollt? Wollen wir das?

Das KIT ist in letzter Zeit wieder in den Nachrichten gewesen, weil Prof. Waibel vom KIT verdächtigt wird, für die NSA geforscht zu haben. Viele von euch kennen das Thema wahrschein-

Mobilisierungsflyer der Gewerkschaftlichen Studierendengruppe Karlsruhe zur bundesweit ersten Zivilklausel-Urabstimmung an der Uni Karlsruhe 2009

lich zumindest namentlich: NSA, das Auskundschaften aller Menschen auf der ganzen Welt. Was dort gesammelt wird sind Daten. Daten, mit denen die meisten Menschen nichts anfangen können. Es geht nicht darum, was wir preisgeben in Social Media, Facebook oder Twitter, das interessiert sie am wenigsten. Wahrscheinlich hat fast jeder von Euch ein Handy dabei. Es gibt immer Menschen, die sich nicht in eine Teilnehmerliste eintragen möchten, weil sie nirgends auffallen möchten. Wer hier mit Handy sitzt, kann sich ruhig in die Teilnehmerliste eintragen, denn dass ihr hier wart, wissen der BND und die NSA anhand eurer Handydaten. Selbst wenn ihr das Handy ausgestellt habt, wenn ihr den Akku nicht herausgenommen habt, wissen sie, dass ihr hier wart. Viele sagen, was ist denn so schlimm daran, wenn die wissen, wo ich bin? Was soll man denn mit diesen Daten machen? Ich mache ja nichts, das ist nicht schlimm. Ein paar Jahrzehnte vor dem zweiten Weltkrieg hätte auch keiner gedacht, das Datum, es ist ein Datum eines Menschen, ein Teil einer Identität. Dieses Datum könnte lebensbedrohlich sein. Wir hatten es in einem Vortrag über die Kunst im KZ gehört, dass auch viele ins KZ gekommen sind, die sich selbst gar nicht als Juden identifiziert haben. Das heißt: Es werden jetzt Daten gesammelt, von denen wir nicht wissen, was sie in Zukunft bedeuten und bedeuten können.

Es wurde auch davon gesprochen, dass Léon Gruenbaum sich Gefahren ausgesetzt habe, weil er aufgestanden ist, weil er Daten gesammelt hat über die Missstände, die damals aufgetaucht sind. In dieser Gefahr sind wir mittlerweile auch, wenn wir nichts tun. Wenn wir miteinander reden, kommunizieren, wird das aufgezeichnet. Wenn wir E-Mails verschicken, werden diese Daten

gespeichert – Speicherplatz ist heutzutage kein Problem mehr. Im Vergleich zur Stasi sind die Datenmengen, die die NSA besitzt, horrend. Im Vergleich zu dem, was die Stasi hatte, nichts. Das ist nicht nur ein Vielfaches, nicht nur ein Tausendfaches, das ist ein Millionenfaches an Daten. Das sind Daten, die wir gar nicht erfassen können. Wir können uns noch nicht einmal vorstellen, wie groß die Datenmenge ist, die die NSA von uns hat. Herausgekommen ist es durch einen Whistleblower: Edward Snowden. Und ich finde, es ist eine Schande für Deutschland, das es diesem Menschen nicht unterstützt und nicht schützt, sondern mit den USA zusammen diesen Menschen jagt – anders kann ich es nicht nennen. Snowden ist in Russland untergekommen, einem Land, zu dem er wahrscheinlich großes Diskussionspotenzial hat. Es ist ein menschenverachtendes Regime, in dem es unter Strafe gestellt wird, über Homosexualität zu reden, geschweige denn, es überhaupt in der Öffentlichkeit zu praktizieren. So ein Land schafft es, den Whistleblower zu schützen, Deutschland nicht.

Alles in allem denke ich, jeder von uns kann etwas bewegen. Wir haben ja schon viel darüber geredet. Das erste ist, nicht wegzuschauen. Das zweite ist, hinzusehen, bewusst hinzusehen. Das dritte ist, wenn wir hingesehen haben, auch zu agieren. Wie viel einfacher hätte es Léon Gruenbaum gehabt, wenn nur ein einzelner Mensch aufgestanden wäre, zu Greifeld gesagt hätte: „Das geht so nicht! Das ist keine Art und Weise mit Menschen umzugehen.“ Das heißt: Hinsehen, Dinge hinterfragen, agieren. Nur so kann aus uns eine bessere Menschheit werden.

VIII. Lernen aus der Geschichte

Heidelberger Studierende

Über Wissenschaft und Verantwortung

Ist ein Lernen aus der Geschichte möglich? Diese Frage stellt sich in vielen politischen und gesellschaftlichen Bereichen. Gerade auch im Verhältnis zwischen Wissenschaft und Politik und besonders mit Blick auf den Nationalsozialismus ist dieser Aspekt immer wieder kontrovers diskutiert worden und verdient bis heute eine besondere Aufmerksamkeit. Damit verbunden sind sowohl die Handlungsmöglichkeiten von Wissenschaftlern in Diktaturen, aber auch die generelle Verantwortung, welche die Wissenschaft gegenüber den politischen Folgen trägt, die aus ihrer Forschung erwachsen können. Um einen Beitrag zu dieser Diskussion zu leisten, beschäftigt sich dieser Beitrag mit drei biographischen Beispielen aus zwei wissenschaftlichen Fachbereichen, der Medizin und der Geschichtswissenschaft. Allen drei Personen ist gemein, dass es ihnen nach ihrer Tätigkeit im Nationalsozialismus gelang, in der Bundesrepublik als Wissenschaftler erfolgreich Fuß zu fassen.

Lothar Stengel von Rutkowski (Sandra Antonia Klos)

„Vererbung, Bevölkerungspolitik, Rassenkunde und Anthropologie haben nichts mit Antisemitismus und der Hybris ‚Herrenrasse‘ zu tun. Das alles sind Verunglimpfungen nach 1945.“ So zumindest behauptete es Dr. Lothar Stengel von Rutkowski, ein Humangenetiker und Rassenhygieniker, rückblickend in einem privaten Brief von 1989 über seine Tätigkeit während der nationalsozialistischen Zeit. Gab es also keinen Zusammenhang zwischen der wissenschaftlichen Forschung während des „Dritten Reichs“ und der nationalsozialistischen Ideologie? Gibt es so etwas wie „reine Wissenschaft“, die ganz unabhängig von ihrem politischen Umfeld betrieben wird? Rutkowski glaubte immer an den gesellschaftlichen Auftrag, den die Medizin hat, zu heilen und zu helfen.



Harald Denecken, Nico Benjamin Bähr, Rolande Tordjman-Grunbaun, Patric Hoch, Sandra Antonia Klos, Juliane Hoheisel, Anna Parrisius. Foto: Sandra Jaques

Doch in seiner Logik als überzeugter Nationalsozialist der ersten Stunde, als Mitglied der NSDAP, der SS und als Mann mit guten Kontakten zur NS-Führungsrige, bedeutete dieser Auftrag eben auch die „rassenhygienische Gesundheit des Volkskörpers“ zu sichern. Diese Selbstlegitimation reichte so weit, dass er in zahlreichen Schriften die Euthanasie verteidigte und zuließ, dass man seine eigene Schwester, bei der Schizophrenie diagnostiziert worden war, dieser zum Opfer werden ließ. Zwar änderte sich die politische Lage nach 1945, jedoch wurde Rutkowski entnazifiziert und 1958 als Leiter des Gesundheitsamtes in Korbach nahe bei Kassel angestellt: Seinen Überzeugungen zum Trotz war es ihm also gelungen, seine wissenschaftlichen Leistungen als Mediziner auch diesem neuen, demokratischen Regime erfolgreich anzubieten. Weil seine Fertigkeiten gebraucht wurden, fragte niemand nach seinen Handlungsspielräumen, beispielsweise als Gutachter bei Zwangssterilisationen. Stattdessen wurde er eher als Dichter von Naturlyrik bekannt. Muss ein Wissenschaftler überhaupt Verantwortung übernehmen außer für die Richtigkeit seiner Forschungsergebnisse? Oder trägt der Wissenschaftler auch Verantwortung für das, was seine Forschungsergebnisse in einer Gesellschaft bewirken und für das, wofür sie gebraucht und missbraucht werden? Schauen wir uns das Beispiel Otmar Freiherr von Verschuers an, der u.a. eine positive Kritik zu Rutkowskis Habilitationsschrift und Bestseller „Was ist ein Volk?“ schrieb.

Otmar Freiherr von Verschuer (Juliane Hoheisel)

Der Mediziner Otmar Freiherr von Verschuer begann seine Forschungsarbeit im Gebiet der Erb- lehre und Eugenik schon in der Weimarer Republik. Im Nationalsozialismus war er einer der prominentesten jüngeren Mitglieder der rassenhygienischen Bewegung Deutschlands. Als rang- hoher Institutsleiter des Kaiser-Wilhelms-Instituts in Berlin wollte er wissenschaftlich beweisen, dass man durch Auslese zu einem besseren Volk gelange. Organe und Blutproben für diese

Forschungen erhielt er unter anderem von seinem Doktoranden Josef Mengele, dem „Lagerarzt“ in Auschwitz, der dort Menschenversuche durchführte. Kurz vor Eintreffen der Alliierten 1945 tauchte Verschuer unter. Er nahm Material aus seinem Institut mit, um damit später weiter zu forschen. Dies wurde ihm durch die Mobilisierung einflussreicher Wissenschaftler, die seine Unschuld bezeugten, ermöglicht. Nach 1945 galten viele Wissenschaftler als Produzenten von wertneutralen Forschungsergebnissen und wurden, wie auch Verschuer, als Mitläufer eingestuft. Die heutige Geschichtswissenschaft stellt diese Annahme einer „technokratischen Unschuld“ der Wissenschaftler, wie der US-amerikanische Wissenschaftshistoriker Mitchell Ash es bezeichnet, in Frage. Denn beeinflussen sich Wissenschaft und Politik nicht immer? So schrieb Verschuer beispielsweise in seinem Buch Erbpathologie 1934: „Die Aufgabe der Staatsmedizin ist heute: Pflege des Volkskörpers durch Bewahrung und Förderung des gesunden Erbgutes, durch Ausschaltung des krankhaften Erbgutes und durch Erhaltung der rassischen Eigenart unseres Volkes, durch Erbpflege und Rassenpflege.“ Allein der Begriff „Staatsmedizin“ macht deutlich, dass Politik und Wissenschaft zusammenhängen. Verschuers Spezialgebiet, das er trotz Regimewechsel verfolgen konnte, war die Zwillingsforschung. 1954 veröffentlichte er eine Studie über seine mehr als 20 Jahre andauernde Zwillingsforschung, die sowohl Ergebnisse von Menschenversuchen aus Auschwitz als auch Untersuchungen von Zwillingen in der Bundesrepublik Deutschland enthielt. Es gelang ihm also auch in einem demokratischen System den Wert seiner Forschung erfolgreich darzulegen. Ash nennt diesen ständig neu ablaufenden Aushandlungsprozess „Multivalenz“. Dass Verschuer dabei erfolgreich war, belegt seine Professur für Humangenetik, die er 1951 in Münster erhielt.

Theodor Schieder (Nico Bähr)

Beim dritten Beispiel handelt es sich um den Geschichtswissenschaftler Theodor Schieder. Er gilt als einer der wichtigsten und einflussreichsten Neuzeithistoriker. Bis zu seinem Tod im Jahr 1984 hatte er viel erreicht: An der Universität Köln war er zuerst Dekan der Philosophischen Fakultät, bevor er zum Rektor ernannt wurde. Er gab die Historische Zeitschrift heraus und war Präsident bei der Rheinisch-Westfälischen Akademie der Wissenschaften. 1966 erhielt Theodor Schieder das Bundesverdienstkreuz. Erst nach seinem Tod bekam das Bild Risse. Angelika Ebbinghaus und Karl Heinz Roth setzten sich Anfang der 1990er Jahre kritisch mit seiner Karriere vor 1945 auseinander. Nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten war Schieder für politische Institutionen des Regimes tätig: Nur 31 Jahre jung, wurde er 1939 in den Expertenstab für Volksgruppenfragen des Reichsinnenministeriums entsandt, der sich an der Vorbereitung des Kriegs in Polen beteiligte. Gut einen Monat nach Kriegsbeginn erarbeitete Schieder die sog. „Polendenkschrift“. Er legitimierte darin die Germanisierung erobelter Regionen, sprach von „Gefahren völkischer und rassischer Vermischung“ und forderte die „Entjudung Restpolens“. Ähnlich wie Verschuer beschrieb er, wie durch Auslese ein besseres Volk entstehe – was wiederum die Vertreibung der bisherigen Bewohner aus den Gebieten im Osten voraussetzte. Auf dem Historikertag in Frankfurt 1998 führte die Beschäftigung mit der Rolle von Wissenschaftlern im Nationalsozialismus zu heftigen Diskussionen. Sie drehten sich unter anderem um die Verantwortung Schieders. Dabei stellte sich die Frage, ob er damals überhaupt schon absehen konnte, ob seine Forschungen zur nationalsozialistischen Vernichtungspolitik beitragen würden. Außerdem wurde argumentiert, dass er womöglich in der Polendenkschrift gar nicht seine eigene Meinung vertrat. War er also ein „reiner“ Wissenschaftler, der lediglich sein Fachwissen niederschrieb? Auch Theodor Schieder zeigte sich also politisch „multivalent“, um mit den Worten Mitchell Ashs zu sprechen. Ob im Nationalsozialismus oder in seiner Aufsehen erregenden Nachkriegskarriere: Er

passte sich an die jeweilige Ausgangslage an und setzte sein Fachwissen zur Bevölkerungsstruktur und -entwicklung gewinnbringend ein.

Fazit (Anna Parrisius)

Die drei hier ausgewählten biographischen Beispiele zeigen auf, dass es personelle, aber auch strukturelle Kontinuitäten in der Wissenschaft nach der Zäsur von 1945 gegeben hat. Die Annahme, dass Wissenschaftler keine Nationalsozialisten gewesen sein konnten, da sie nur ihre Wissenschaft betrieben hätten, also die Annahme einer „technokratischen Unschuld“, kann spätestens nach den Erfahrungen der nationalsozialistischen Jahre nicht mehr gelten. Ist also ein Lernen aus der Geschichte möglich? Eine direkte Übertragung ist zwar nicht möglich, da sich vergangene Situationen grundsätzlich nie identisch wiederholen. Aber wenn wir etwas aus der Geschichte lernen können, dann ist es die Tatsache, dass es keine Zwangsläufigkeiten gibt, und somit auch immer Handlungsalternativen. Darum muss jeder Wissenschaftler Verantwortung für seine Forschung übernehmen. Es kann keine „wertneutrale Forschung“ geben. Wie deutlich geworden ist, gibt es immer einen Aushandlungsprozess zwischen Wissenschaftlern und dem jeweiligen politischen Regime.

IX. Schlusswort

Christof Müller-Wirth

Es ist Einiges von diesem Symposium für uns alle mitzunehmen. Ursprünglich hatten wir die Stimmung, als ob wir über die Vergangenheit reden. Durch die Beiträge und die Diskussion ist klar geworden, dass wir über die Zukunft geredet haben.

Dass dieses Symposium stattfinden konnte, haben wir der Initiative des Forum | Ludwig Marum und dessen Vorsitzenden Harald Denecken zu verdanken. Zahlreiche Sitzungen, Reisen und Kontakte waren notwendig, um die 40 Jahre und länger zurück liegenden Ereignisse aus der Vergessenheit heraus zu holen und ihre Bedeutung für unsere Zukunft klar zu machen.

Ohne den Einsatz vieler Personen wäre dieses Symposium nicht zustande gekommen. Dietrich Schulze ist heute schon mehrfach gewürdigt worden. Es haben uns auch Institutionen finanziell unterstützt, die ich hier gerne nennen möchte, nämlich der „Verein | Gegen Vergessen – Für Demokratie“, die Rosa-Luxemburg-Stiftung, der Evangelische Oberkirchenrat Karlsruhe, die SPD Karlsruhe und eine Reihe von Einzelpersonen.

Bei der Gewerkschaft ver.di bedanken wir uns sehr herzlich für die Überlassung der Räume und für die Logistik. Die Arbeiterwohlfahrt hat dankenswerter Weise für unsere Verköstigung gesorgt.

Wir verneigen uns heute vor Beate und Serge Klarsfeld, die leider nicht teilnehmen konnten. Sie haben jahrzehntelang grenzüberschreitend für die Aufdeckung von Nazi-Verbrechen gekämpft, oft unter Lebensgefahr, wie der Film „Die Hetzjagd“ gestern in der Universität gezeigt hat. Wir danken ihnen auch für die Vorbereitung dieses Symposiums. In den verteilten Unterlagen ist die Grußbotschaft, die Serge Klarsfeld uns geschickt hat.

Als entscheidende Vermittlerin für die Vorarbeiten zu unserem Programm in der Sphäre des Internets danken wir Frau Paland, der es gelungen ist, in kürzester Zeit die Informationen in Plattformen unterzubringen und zu vernetzen. Es konnten erstaunlich viele Anrufe registriert werden.

Wir ehren heute den über 40 Jahre lang vergessenen Léon Gruenbaum als einen mutigen Vorläufer aller derjenigen, die man heute Whistleblower nennt. Sein tragisches Schicksal in unserem Lande beschämt uns. Seine mutige, kämpferische Haltung ermutigt uns.

Als eindrucksvolles, bleibendes Vermächtnis hat er uns sein Werk „Die Genese der Plutonium-Gesellschaft – Politische Konspirationen und Geschäfte“ hinterlassen. Er wäre wert, diesem Werk ein eigenes Symposium zu widmen.

Wir werden sehen, ob es uns gelingt, das Werk der Öffentlichkeit in Buchform zugänglich zu machen.

Alles, was wir heute gehört haben, führt uns in unsere Karlsruher Gegenwart. Nicht nur war das ehemalige Kernforschungszentrum ein Refugium von Nazi-Tätern, deren Taten Gruenbaum detailliert geschildert hat. Die Nachfolge-Organisation belastet uns noch heute ganz konkret und hier. Über 2 Milliarden Euro haben wir Steuerzahler bisher schon in die immer noch nicht abgeschlossene Verglasung einer der größten Atommüll-Halden in nächster Nähe aufbringen müssen. Noch immer blasen ca. 10 Schornsteine des Zentrums täglich belastete Stoffe in die Luft. Die dortigen Forscher unterlaufen den Atom-Ausstieg, indem sie ihre illegitimen Forschungen mit dem neuen Namen „Transmutation“ versehen haben, sich jeder Kontrolle verweigern und sich hinter ihrem internationalen Status verstecken.

Vorbereitet haben die Nazis - wie wir gehört haben - bereits im 2. Weltkrieg, die Niederlage schon vor Augen, das was Léon Gruenbaum in seinem Werk „Rapallo 2“ nennt. Nämlich im Ausland finanzieren und herstellen und im Inland anwenden. Mit ca. 7,6 Milliarden Euro finanzieren deutsche Banken, darunter solche in öffentlicher Hand, ausländische Atomwaffen-Hersteller.

Übersetzter Auszug aus Léon Gruenbaums Monographie: Das Kapitel „Atom-Rapallo“ Was ist darunter zu verstehen?

[...] Am 23.10.1954 wurden die Pariser Verträge unterzeichnet, mit denen die Bundesrepublik offiziell darauf verzichtete, eine Atommacht zu werden. Aber schon 7 Wochen später erklärte Bundeskanzler ADENAUER vor dem Bundestag, dass die Bundesrepublik das Recht zur friedlichen Kernforschung habe. Außerdem erwähnte ADENAUER, dass die BRD darauf verzichtete, Atombomben auf ihrem Staatsgebiet herzustellen. Man befand sich, wie erinnerlich, in derselben Situation wie nach Versailles, als sich Deutschland mit dem Vertrag von Rapallo in Russland aufrüstete. Wer würde wohl im Jahr 1953 der Partner Deutschlands für ein „Atom-Rapallo“ werden? [...] Bekanntlich ist Prof. WIRTZ ein Spezialist für die Konstruktion des deutschen Schwerwasser-Reaktors (der wegen der Kapitulation Deutschlands allerdings unvollendet geblieben ist). Im Jahr 1953 nahm Prof. WIRTZ an der ersten internationalen Konferenz über Schwerwasser-Reaktoren in Oslo teil. Aber genau zu dieser Zeit bereitete ein deutscher Chemiker die notwendigen Transaktionen dafür vor, dass ein Reaktor dieses Typs durch Deutschland im Ausland errichtet werden konnte. Es handelte sich um Dr. SCHNURR, der in Argentinien lebte. Und es ging um den Reaktor Atucha-1. Kurze Zeit nach der Gründung der Kernreaktorbau- und Betriebsgesellschaft. m.b.H. am 19. Juli 1956 in Karlsruhe, aus der das künftige Zentrum für Kernforschung entstand, nahmen die Doktoren SCHNURR und WIRTZ dort aktiven Anteil am Pilot-Projekt eines Schwerwasser-Reaktors, der von vornherein dazu bestimmt war, nach Argentinien verkauft zu werden, dem Asylland des Dr. SCHNURR nach dem Krieg. Wir können somit erklären, dass das Atom-Rapallo stattgefunden hat zwischen der Bundesrepublik und Argentinien, mit der finanziellen Unterstützung des „nazi post-war planning“, der Nazi-Nachkriegsplanung. I.G. Farben hatte die 2. Runde gewonnen!

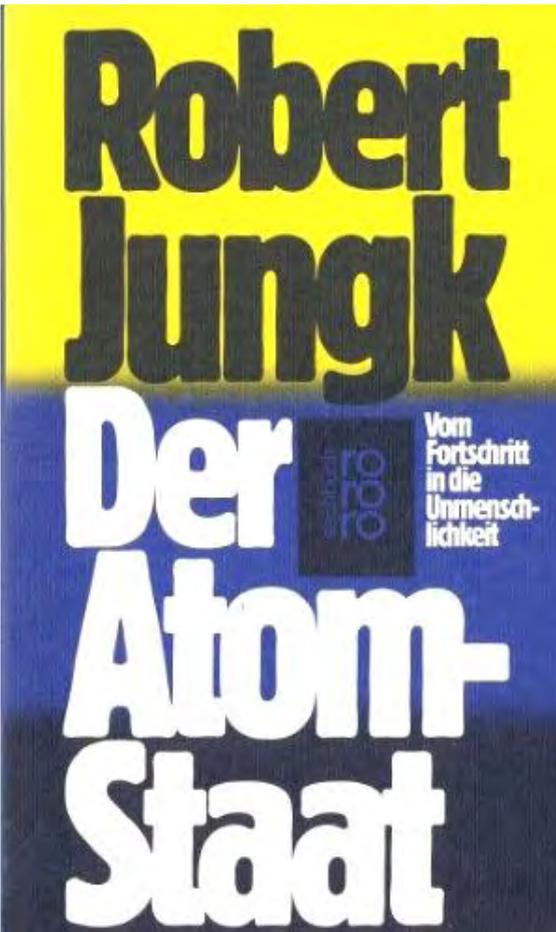
Natürlich kann man sich fragen, welche Bedeutung die behandelten Personen und Ereignisse nach mehr als 40 Jahren für uns und die Nachkommenden haben. Wir haben darüber heute ganz wichtige Auskünfte bekommen und auch nachdenkenswert Positionen. Ob eine junge Genera-

tion, die wir zu diesem Symposium ausdrücklich eingeladen haben, damit aufnahmebereit umgeht, wird die Zukunft zeigen.

Vielleicht kann sie, die junge Generation, den Namen Léon Gruenbaum mit demjenigen von Georg Elser verbinden. Gruenbaum und Elser sind zwei beispielhafte Helden und Einzelgänger der Zivilgesellschaft des letzten Jahrhunderts in unserem Land, die für ihren Widerstand gegen die Diktatur mit ihrem Lebensschicksal büßen mussten.

Es gab übrigens in den letzten Jahrzehnten noch mindestens zwei weitere Aufklärer oder Whistleblower. Einer von ihnen ist heute unter uns, Joachim Radkau, sie haben ihn gehört.

In seinem Buch aus den 1970er Jahren „Aufstieg und Fall der deutschen Atomwirtschaft“ 1945-1975 geht er historisch-dialektisch vor, indem er sagt: Dieser ganze Prozess – erst die Euphorie und dann der Niedergang – kann historisch auch den Erneuerbaren Energien passieren. Wir wissen ja, welche Widerstände heute aufgeboten werden, um die Erneuerbaren Energien an ihren Entwicklungen zu hindern.



Der zweite Aufklärer, der unbedingt zu erwähnen ist, jedenfalls aus meiner Sicht, war Robert Jungk mit seinem Buch „Der Atomstaat“ aus dem Jahr 1977. Wichtiger für mich wie der Obertitel ist der Untertitel „Vom Fortschritt in die Unmenschlichkeit“.

Hieran anknüpfend wäre es angebracht, im KIT ernsthaft über das zu diskutieren, was leichthin oder in verschleierte Absicht „Freiheit der Wissenschaft“ genannt wird. Robert Jungk hat in den 1970er Jahren Léon Gruenbaum gekannt. Er hat ihn in Paris aufgesucht und hat vom ihm vieles von dem erfahren, was wir heute hier diskutiert haben.

Nun bin ich am Ende meines Schlussworts und möchte gerne Monika Pohl bitten, das Symposium zu beschließen.

IX. Schlusswort

Monika Pohl

Im Namen des Forum | Ludwig Marum möchte ich mich bei Ihnen allen für Ihr reges Interesse bedanken. Ich denke, wir gehen alle mit sehr vielen Anregungen aus dieser Tagung und ich meine, es sind einige Desiderata übrig geblieben.

Für mich wäre ein großer Wunsch, dass wissenschaftlich noch gründlicher geforscht wird zur Biografie von Léon Gruenbaum, vielleicht ein sinnvolles Ziel dieser Tagung, die wir heute erlebt haben. Zweitens, das wurde schon von Christof Müller-Wirth gesagt, dass die Veröffentlichung des Manuskripts von Léon Gruenbaum ein großer Wunsch dieser Tagung ist.

Aber ich meine, wir sollten nicht nur an das Wissenschaftliche denken, sondern an unser aller Verantwortung, vor allem zusammen mit den Studierenden. Was mich sehr gefreut hat, dass gerade in der jungen Generation ein Interesse am „Lernen aus der Geschichte“ da ist.

Deswegen glaube ich, dass wir uns alle um die „Affäre Greifeld“ kümmern sollten, dass in die Ehrensensorenenschaft Bewegung hinein kommt. Da können wir, glaube ich, alle etwas tun.

Zum Zweiten, dass die Zivilklausel-Diskussion am KIT nicht abgeschlossen ist, sondern dass auch diese Diskussion eine Fortsetzung erfährt, mit unser aller Unterstützung und Interesse.

Dann finde ich noch, was die Tagung sehr deutlich gemacht hat, dass wir unser Augenmerk richten sollten auf die Forschung vor Ort. Wir haben sehr viel gehört über das KIT. Ich möchte auf eine zweite Institution aufmerksam machen, auf das Fraunhofer-Institut. Ich möchte nur ein Beispiel nennen. Am Fraunhofer-Institut wird geforscht an Non-Lethal-Weapons (nicht tödliche Waffen), eine Entwicklung für den modernen Krieg, die nicht unterschätzt werden sollte.

Man sollte nicht nur von den Atomwaffen, den großen Waffen, reden sondern auch neuere Entwicklungen und was sich dort tut in Ettlingen, im Pfinztal, in unserem Blick haben.

Zum Schluss möchte ich mich bei allen bedanken, die eine aktive Rolle an diesem Symposium hatten, bei unseren Referenten und vor allem bei unserem Moderator, Herrn Stude.

X. Grußbotschaft Serge Klarsfeld

Wir hatten das Jahr 1973, als eines Tages Léon Grunbaum zu Beate und mir kam. Er wollte uns seinen Fall darlegen. Er arbeitete in der Reaktorsicherheit und fühlte sich in seinem Berufsleben schikaniert, er war vom Kernforschungszentrum in Karlsruhe abhängig. Er beklagte sich über die Feindseligkeit, mit der ihm der administrative Geschäftsführer dieses Forschungszentrums, Dr. Rudolf Greifeld, begegnete. Er berichtete uns, dass während einer Abendgesellschaft mit Alkohol der angesäuerte Greifeld von sich gegeben habe, dass er während der Okkupation in Paris gewesen sei. Rudolf Greifeld habe gegenüber Grunbaum antisemitische Bemerkungen von sich gegeben.

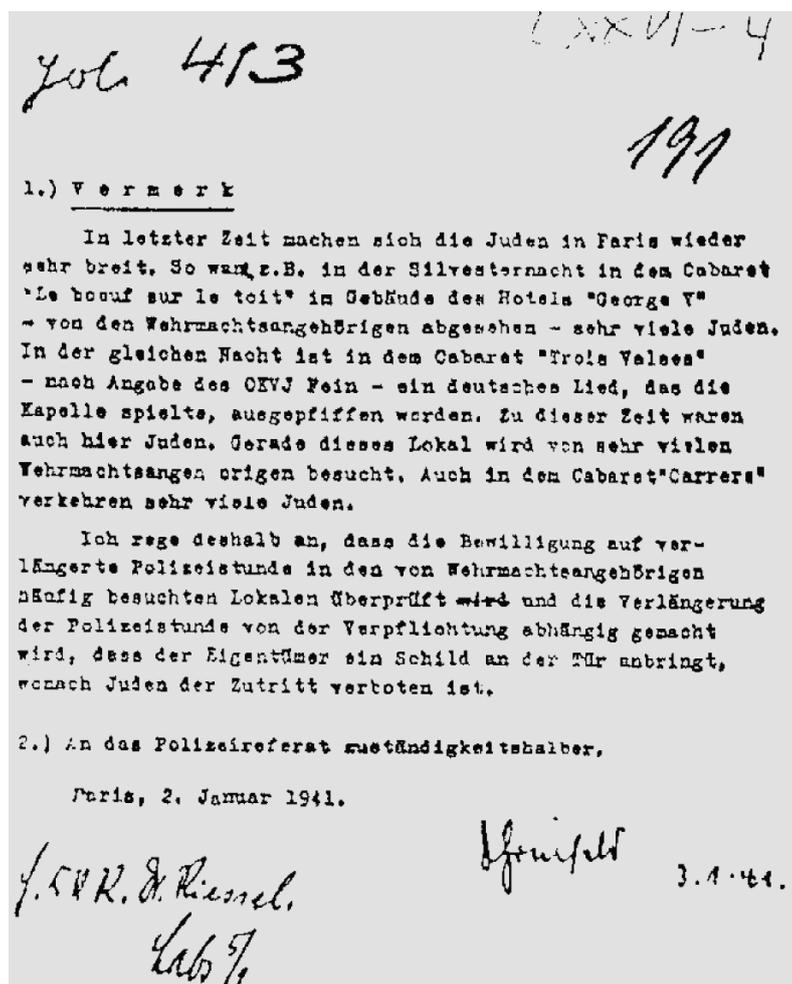
Grunbaum bat uns nachzusehen, ob Greifeld in Frankreich Spuren einer antijüdischen Aktivität hinterlassen hat. Wir wussten nichts von den Verantwortlichkeiten Greifelds während des Krieges. Für alle Fälle bat ich Grunbaum, ein Muster der Unterschrift Greifelds bereitzustellen, um Recherchen aufnehmen zu können. Ich bin also ganz im Dunkeln losgetappt. Ich wusste, dass Greifeld nicht der Gestapo angehört hatte, denn ich kannte die Namen aller, die in den Dienststellen der Sicherheitspolizei et des



Abschlussdiskussion: Christof Müller-Wirth
und OB Frank Mentrup.
Foto: Sandra Jaques

Sicherheitsdienstes tätig gewesen waren. Was mir als einzige Möglichkeit verblieb: den nicht unbeträchtlichen Inhalt dutzender Archivkartons mit Unterlagen des Militärbefehlshabers in Frankreich zu durchsuchen, die als Fotokopien im Jüdischen Dokumentationszentrum Centre de Documentation Juive Contemporaine in Paris archiviert waren (die Originale werden in den Archives Nationales aufbewahrt). Wobei ich nichts in der Hand hatte als den Namen Greifeld, seinen Vornamen und seine Unterschrift. Lange Stunden damit zu verbringen, wegen einer fixen Idee Seite um Seite zu durchblättern, ohne die geringste Gewissheit zu haben, auch nur irgendetwas entdecken zu können, und dies mit dem unguten Gefühl, dass man vielleicht im Begriff ist, einen möglicherweise unschuldigen Mann zu beschuldigen – das war keine leicht zu erfüllende Mission.

Was mich aber bei dieser nervtötenden Arbeit aufrecht hielt, das war der hoffnungsleere Blick von Grunbaum. Wenn seine Beteuerung stimmte, so war er erneut dafür verfolgt worden, dass er Jude war, und dies nun schon nach der so schmerz erfüllten Zeit der Schoah. Einen Nachweis dafür hatte er aber nicht in der Hand. Und nun hoffte er auf mich, um dies belegen zu können. Wenn ich aber diesen Nachweis nicht finden könnte, so würde Grunbaum hilflos bleiben und ganz sicher entlassen werden; er bliebe in der Verbitterung zurück, mit seiner Vermutung ganz sicher Recht zu haben, sie aber mit nichts belegen zu können. Ich sah mich in der Pflicht durchzuhalten und nichts unbeachtet zu lassen, es ging um die Perspektive der Psyche eines Menschen mehr noch als um die Perspektive einer Sache. Zu diesem Zeitpunkt stand nicht die Frage, einen Alt-Nazi aus seiner Position zu kippen. Es war der Versuch herauszufinden, ob Grunbaum mit seiner Anschuldigung gegen Greifeld Recht hatte oder nicht.



Ich bin mir nicht mehr sicher, ob es am zweiten oder dritten Tag war: Plötzlich deckte sich das Bild der Unterschrift in meinem Gedächtnis mit der Unterschrift auf dem Papier – zwei identische Unterschriften! Und sogleich flog mein Blick auf den Dokumententext – es konnte vielleicht eine unbedeutende Sache sein, ohne Bezug zur Judenfrage, denn die Militärverwaltung war zuständig für tausende unterschiedliche Fragen. Doch da sah ich das Wort „Juden“, wie es Chaplins Diktator herausschreit: „Die Juden, ach die Juden ...“ – sofort sprang mir dieses Wort in die Augen. Im Dokument ging es um Greifeld und die Juden. Der Text war sichtbar antisemitisch: Greifeld verlangte, dass man den Juden verbot, in Kabarets zu gehen. Das war nicht so schwerwiegend wie der Erlass vom 8. Juli 1942, der den Juden die Anwesenheit an allen öffentlichen Orten untersagte. Dieses Schreiben Greifelds war aller-

Das beschriebene Schlüsseldokument vom 3.1.1941

dings viel früher abgefasst – 1941, ging also dem Erlass vom 8. Juli 1942 voraus – und war die geistige Vorbereitung zu diesem. Ich rief Grunbaum herbei, der sofort angerannt kam. Er las das Dokument und war überwältigt.

Gleich darauf startete er eine Kampagne unter seinen Physikerfreunden in Karlsruhe und in Grenoble, wo Greifeld als Vertreter der Bundesrepublik Deutschland im Direktionskomitee des Laue-Langevin-Instituts saß. Gegen Greifeld wurden Petitionen unterzeichnet. Auf diese Petitionen hin wurde in Deutschland eine Kommission gebildet, die die Echtheit des von mir entdeckten und veröffentlichten Dokuments überprüfen sollte. Die Echtheit der Unterschrift Greifelds wurde mir von der Handschriftsachverständigen des Berufungsgerichts Paris (Cour d'Appel) Madame Bermann-Laufer in einem Gutachten bestätigt.

Ende Oktober 1975, es müsste wohl Sonnabend 25. Oktober gewesen sein, hielten wir zusammen mit Léon Grunbaum in Strasbourg eine Pressekonferenz ab, auf der wir den Inhalt des gefundenen Dokuments bekannt gaben. Am Abend vor der Abreise der Kommission nach Paris reichte Greifeld seinen Rücktritt ein. Zu all dem wäre es nicht gekommen, hätte Grunbaum uns nicht aufgesucht. Ich selbst hatte in meine Recherche keine kreative Arbeit eingebracht, nicht einmal eine noch so bescheidene Idee, sondern nur Geduld. Es geschieht allerdings häufig, dass man aus menschlichen Gründen verpflichtet ist, derartige Recherchen zu unternehmen und viel Zeit in Dinge zu stecken, die bedeutungslos zu sein scheinen.

Ja, sie können bedeutungslos sein, aber Beate und ich denken, dass wir keine bedeutsamen Dinge vollbringen könnten, wenn wir solchen Bitten wie der von Léon Grunbaum nicht nachkommen würden. Die Meldung, die Greifeld an die deutsche Besatzungspolizei gerichtet hatte, war von menschenverachtender Gesinnung geprägt. Dass sich nun die Vergangenheit zurückmeldete und ihm die persönliche Perspektive durchkreuzte, war nur gerecht. Von Greifeld haben wir nichts weiter gehört, er hatte sich nicht an uns gewandt. Leider haben wir nach der Greifeld-Affaire den Kontakt zu Léon Grunbaum verloren.

Nachwort und Danksagung der Herausgeber

Es erscheint etwas ungewöhnlich, wenn die Dokumentation über eine inhaltsreiche und produktive Tagung über einen mutigen französisch-deutschen Wissenschaftler verbunden mit der bewegenden Ansprache von Rolande Tordjman-Grunbaum aus Paris und einer informativen Grußbotschaft der weltweit bekannten französischen Persönlichkeiten Serge und Beate Klarsfeld, d.h. mit einem deutlichen Akzent auf die deutsch-französische Verständigung, erst nach so langer Zeit erscheint. Das hat vielerlei Gründe, die letztlich mit der Überlastung der Veranstalter und den Belastungen der ehrenamtlichen Tätigkeit generell zu tun haben. Aber auch hier gilt – besser spät als nie. Uns liegt am Herzen, nicht nur erneut einen großen Dank an die ReferentInnen zu richten, sondern auch für die vielfältige organisatorische Unterstützung, angefangen bei den Vorbereitungen, über die gute Moderation, bis hin zu den Audio-Mitschnitten, den Transkriptionen und den Übersetzungen herzlich zu danken. Möge die Broschüre die Aufklärung über Geschichte und Gegenwart fördern. Möge sie ein Beitrag zu Verständigung, Demokratie und Frieden sein.

Herausgeber dieser Broschüre

- Harald Denecken, Michael-Pacher-Weg 9, 76149 Karlsruhe harald@denecken.com
- Dr. Dietrich Schulze, Winterstr. 27, 76137 Karlsruhe dietrich.schulze@gmx.de

Print 24. Juli 2014 Online 9. Nov. 2014 <http://www.forum-ludwig-marum.de/site/assets/files/1012/broschuere.pdf>

Die Freiheit nicht erbetteln

„Ich werde mir aber die Freiheit nicht erbetteln, und ich will auch nicht, daß Ihr oder andere um meine Freiheit bettelt. Meine Freiheit können sie mir nehmen, aber nicht meine Würde und meinen Stolz.“

Ludwig Marum an seine Frau am 27. April 1933 aus dem Karlsruher Gefängnis



**Dokumentation eines
Symposiums über einen
jüdischen Wissenschaftler im
Spannungsfeld von Wissenschaft
und Politik am Kernforschungszentrum
Karlsruhe (jetzt KIT) und über Gruenbaums Werk
DIE GENESE DER PLUTONIUMGESELLSCHAFT
„Politische Konspirationen und Geschäfte“**